

PROTOKOLL

*über die 25. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr, am Donnerstag,
den 16. Dezember 1965, im Rathaus, I. Stock, rückwärts, Gemeinderatsitzungs-
saal.*

Beginn der Sitzung : 15,00 Uhr

Öffentliche Sitzung

Anwesend:

VORSITZENDER:

Bürgermeister Josef Fellinger

BÜRGERMEISTER-STELLVERTR.:

Direktor Hans Schanovsky

Josef Hochmayr

STADTRÄTE:

Alfred Baumann

Alois Besendorfer

Karl Gherbetz

Alois Huemer

Konrad Kinzelhofer

Ludwig Kubanek

Leopold Petermair

Prof. Stephan Radinger

Emil Schachinger

Johann Holzinger

Walter Kienesberger

Johann Knogler

Friedrich Kohout

Karl Kölbl

Ottilie Liebl

August Moser

Stefanie Pammer

Johann Radmoser

Franz Schmidberger

Susanne Tschebaus

Kommerzialrat Ludwig Wabitsch

Rudolf Wagner

Alfred Watzenböck

Franz Weiß

Leopold Wippersberger

Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:

Johann Ebmer

Karl Feuerhuber

Franz Frühauf

Rudolf Fürst

Johann Heigl

Anton Hochgatterer

Franz Hofer

VOM AMTE:

Mag. Dir. Dr. Karl Enzelmüller

Obermagistratsrat Dr. Johann Eder

Amtsrat Ludwig Stary

PROTOKOLLFÜHRER:

Amtsrat Alfred Eckl

VB Gerda Wilder

gleichen Voranschlag den Vorzug zu geben, geblieben werden.

In diesem Sinne wurde er auch für 1966 so erstellt, daß die Einnahmenseite die Basis abgab und erst dann die Ausgabenseite präliminiert wurde. Denn nur so war es möglich, den gewünschten Erfolg zu erzielen. Daß dabei eine gewisse Vorsicht am Platz ist, werden Sie sicherlich bejahen. Es soll nicht mehr ausgegeben werden, als eingenommen wird und schließlich muß noch darüberhinaus eine gewisse Liquidität unserer Finanzen gesichert bleiben. Dieser Umstand stellt an uns die verpflichtende Aufgabe, den Voranschlag nicht zu überfordern, im Gegenteil, er zwingt uns zu wirksamer Sparsamkeit, obwohl uns noch keine Schuldenlast und auch kein großer Zinsenaufwand drückt. Das gibt uns Beruhigung und Zuversicht, mit welcher wir gegenüber unserer Bevölkerung die uns übertragene Verantwortung leichter tragen können.

Im ordentlichen Haushalt wurden die Einnahmen und Ausgaben mit S 90,003.400, -- ausgeglichen präliminiert. Der außerordentliche Haushalt mit präliminierten Ausgaben in Höhe von S 37,320.000, -- kann vorläufig nur mit S 32,367.100, -- gedeckt werden, sodaß sich im Gesamthaushalt ein Abgang von S 4,952.900, -- ergibt. Das Gesamtvolumen beider Haushaltsgebarungen beträgt daher S 127,323.000, -- und ist leider wieder etwas kleiner wie im Vorjahr. Während in anderen Städten wie in Linz und Wels sowie auch im Land Oberösterreich, durch die anhaltende Konjunktur eine ständige Ausweitung des Budgets zu beobachten ist, müssen wir die Feststellung machen, daß bei uns eine rückläufige Tendenz herrscht, die uns zur besonderen Vorsicht mahnt. Wir sind in Steyr eben von der Konjunktur unseres einzigen Großbetriebes, der Steyr-Daimler-Puch-AG, so empfindlich abhängig und es muß bei diesem Unternehmen schon ein Stag-

nieren der Beschäftigung festgestellt werden. Aus dieser Beobachtung heraus konnte die Gewerbesteuer nicht höher angesetzt werden.

(Bürgermeister - Stellvertreter Dir. Hans Schanovsky trägt Auszüge aus dem Vorbericht zum Voranschlag 1966 - Beilage A - vor.)

Es mußten viele erforderliche und notwendige Vorhaben, mit Rücksicht auf die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel, zurückgestellt bzw. aufgeschoben werden. Es wurden aber in diesem Jahr viele von Ihnen im Vorjahr gewünschte Projekte zum Teil verwirklicht oder in Angriff genommen, die im kommenden Jahr beendet werden sollen. So wurden die für das Gewerbe vorgesehenen Gründe aufgeschlossen. Sie wissen, es wurde eine Straße dorthin gebaut, es wurde ein Kanal gelegt, es wurde die Wasserleitung verlegt und eine Beleuchtung errichtet.

Auch unser größtes Bauvorhaben, die 32-klassige Volks- und Hauptschule für Knaben und Mädchen am Tabor, wurde begonnen. Dazu wäre zu sagen, daß wir den Gesamtaufwand auf S 42 Mill. geschätzt haben und wir uns vorstellen könnten, daß uns das Land Oberösterreich mit S 10 Mill. beispringt. S 10 Mill. werden von uns deshalb in Rechnung gestellt, weil wir 10 Klassen an den Pflichtschulen für auswärtige Kinder zur Verfügung stellen und wir wissen, daß eine Klasse rund S 1 Mill. kostet. Wir haben aber auch die neue Musikschule, die in Fertigstellung begriffen ist und demnächst ihrer Bestimmung übergeben werden soll, in Angriff genommen.

Auch der neue Kindergarten im Wehrgraben geht seiner Vollendung entgegen.

Es ist erfreulich, daß sich gezeigt hat, daß die getroffene Stadtplatzregulierung von der Bevölkerung

zur Kenntnis genommen wurde, weil sie doch zweckmäßig war.

Es konnte der Arbeiterberg saniert werden, es wurden viele Gehsteige asphaltiert und zum Ausbau des Blümelhuberberges sind nicht unerhebliche Kosten bereitgestellt worden.

Die Autobuslinie Ennsleite - Tabor ist verwirklicht worden und der großzügige Zubau zum Altersheim konnte soweit vorangetrieben werden, daß man sich gegenwärtig mit der Einrichtung beschäftigt und im kommenden Jahr die Einweisungen erfolgen werden. Fürwahr eine große soziale Tat! In diesem Zusammenhang soll noch dem langgehegten Wunsch der Bevölkerung, dem auch von Ihnen im Vorjahr geforderten Taboraufzug, Rechnung getragen werden. Ich hoffe, wir können im Jahre 1966 damit beginnen.

Aber die immer wieder von Ihnen gewünschten Projekte wie Stadthalle, Markthalle, Schlachthof, Hallenbad sowie das Hundegrabenprojekt können leider auch 1966 noch nicht in Angriff genommen werden. Statt eines Hallenbades wird man ein Lehrschwimmbecken planen und sich damit begnügen müssen. Durch die Planung einer neuen Omnibusgarage, die schon durch viele Jahre erwogen wurde, soll die bisherige Garage, das ist die ehemalige Reitschule, zu einer allgemeinen Sporthalle ausgestaltet werden. Wie schön wäre es aber, wenn man sich schon jetzt mit dem vielseitig gewünschten Problem des Neubaus der beiden Brücken in Zwischenbrücken beschäftigen könnte.

Bei dem ständig steigenden Verkehr ist es auch unsere Aufgabe, die Bevölkerung - vor allem unsere älteren Mitbürger und Kinder - vor den Gefahren des Verkehrs zu schützen und daher die Gehsteige entsprechend auszugestalten und auch die Möglichkeit der Straßenüberquerung zu sichern. Schließlich wurde laufend neuer Wohnraum geschaffen. Insbesondere

konnte das projektierte Wiederaufbauvorhaben von 400 Wohnungen auf der Ennsleite mit Hilfe des Bundes realisiert werden. Auch das 230 Wohnungen umfassende Bauprojekt mit den Steyr-Werken konnte begonnen werden. Aber die nach wie vor große Wohnungsnot verlangt von uns noch immer die äußersten Anstrengungen und Bemühungen, um nur die vordringlichsten Wohnungswerber befriedigen zu können.

Ob Wohnungs- oder Straßenbau, in beiden Fällen kommt immer auch der hohe Kosten verursachende Kanalbau dazu, für den auch nennenswerte Beträge zu reservieren waren.

So ist auch immer auf den Ankauf von Liegenschaften Bedacht zu nehmen, wenn er im Interesse der Stadt gelegen ist. Wir haben mit unseren Vergaben gerade im abgelaufenen Jahr sowohl in der Bauwirtschaft als auch im übrigen Gewerbe reichlich zur Vollbeschäftigung beigetragen.

So sehen Sie, welche Fülle von Aufgaben an die öffentliche Hand herangetragen wird, die früher oder später einmal verwirklicht werden müssen. Es wäre vielleicht angezeigt, alle Projekte nach ihrer Dringlichkeit zu reihen. Unsere vordringlichsten Aufgaben sind die Schulraumbeschaffung und die Wohnraumversorgung. Dazu zählen noch die Kanalisation und die Abwasserbeseitigung. Aber woher die erforderlichen finanziellen Mittel nehmen? Steuererhöhungen sind nicht möglich, die gesetzlichen Steuergrenzen sind voll ausgeschöpft. Wohl haben manche Städte ihre Bevölkerung zur vorübergehenden Hilfeleistung um finanzielle Beiträge für zweckbestimmte Einrichtungen aufgerufen und auch Verständnis und Hilfe gefunden.

Der unbestreitbare höhere Lebensstandard der Bevölkerung ist es auch, der immer wieder neue Forderungen stellt, mit denen sich die Gemeinde beschäftigen muß. Eine Ausweitung unseres Voranschlags wäre

nur durch kostspielige Kreditoperationen möglich, von welchen ich Ihnen auch diesmal noch abraten möchte. Es ist die Zeit nicht mehr fern, in der sich die Gemeinde notgedrungen damit befassen wird müssen. Noch ist es nicht so weit, diesen Schritt schon zu empfehlen.

Abschließend und zusammenfassend kann man doch wieder die Feststellung machen, daß unsere Finanzlage noch, das ist zu unterstreichen, gefestigt ist, daß wir aber trotz dieser Ausgeglichenheit nicht ohne Sorge bleiben dürfen. Ich danke noch allen Mitarbeitern an diesem Voranschlag und bitte gleichzeitig alle Dienststellen, für eine rentable Wirtschaftlichkeit und eine ordnungsgemäße Abwicklung der Gebarung zu sorgen.

Sehr geschätzter Gemeinderat!

Wenn uns auch von unserer Bevölkerung durch die gesellschaftliche Entwicklung immer größere und neue Aufgaben gestellt werden, so werden wir diese nur meistern können, wenn wir so wie bisher mit dem so oft bewiesenen Verständnis, eine gedeihliche Zusammenarbeit vollbringen. Unsere bisherigen Leistungen finden in der Bevölkerung nicht nur Aufmerksamkeit sondern auch Anerkennung und man erwartet von uns auch weiterhin, daß wir unsere Anstrengungen und Bemühungen darauf richten, unsere alte und schöne Eisenstadt Steyr noch schöner und lebenswerter zu gestalten. Nur bei gemeinsamer Arbeit in der Kommunalpolitik werden wir zum Wohle unserer Bevölkerung und zur Ehre unserer Heimatstadt erfolgreich sein können.

Der Finanz- und Rechtsausschuß, der diesen Voranschlag beraten hat, stellt Ihnen daher folgenden Antrag, der Ihnen zur Annahme empfohlen wird.

1) Ha-3700/65

Genehmigung des Voranschlages
1966.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1966 wird im ordentlichen Haushalt in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen mit je S 90.003.400,- der außerordentliche Haushalt in den Einnahmen mit S 32.367.100,- in den Ausgaben mit S 37.320.000,- folglich mit einem Abgang von S 4.952.900,-

festgestellt, im einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind.

Der außerordentliche Haushalt ist nur in dem Maße durchzuführen, als eine Bedeckung gegeben ist bzw. durch Einsparung oder Mehreinnahmen gefunden wird.

Als gegenseitig deckungsfähig werden die mit den Sammelnachweisen zu verrechnenden Ausgaben erklärt, ferner die Ausgaben des Städtischen Wirtschaftshofes in dessen unbeschränkter Anordnungsbefugnis, in gleicher Weise die Ausgaben des Altersheimes und schließlich die Ausgaben für Berufsschulen.

Für die Ausführung des Voranschlages gelten die Bestimmungen der Dienstvorschrift Zl. 5209/1948 in der anliegenden Fassung.

Weiters werden genehmigt:

Der Wirtschaftsplan der Städtischen Unternehmungen, im Erfolgsplan in den Aufwendungen und Erträgen ausgeglichen mit je S 9.045.700,- und im Finanzplan in den Erfordernissen und der Bedeckung ausgeglichen mit je S 3.395.000,-, der Voranschlag der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Steyr in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen mit je S 565.000,-, die Voranschläge der Stiftungen und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden im gleichen Ausmaß wie im Jahre 1965 erhoben. Die Hebesätze betragen:

Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe
400 v. H.

Grundsteuer B für andere
Grundstücke 420 v. H.
Gewerbesteuer nach dem Ge-
werbeertrag und Gewerkekapi-
tal 180 v. H.
Lohnsummensteuer 1000 v. H.

Ich danke für Ihre Aufmerksam-
keit und bitte um Zustimmung zu die-
sem Voranschlag.

**BÜRGERMEISTER JOSEF FELLIN-
GER:**

Sie hörten Bericht und Antrag des
Berichterstatters Vizebürgermeister
Schanovsky.

Dieser Antrag steht zur Diskus-
sion und ich bitte um Wortmeldungen!
Bitte Kollege Moser!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:
Sehr geehrter Gemeinderat!

Die Ausführungen des Herrn Fi-
nanzreferenten sind im wesentlichen
in Ton und Inhalt dieselben, wie wir
sie seit Jahren gewöhnt sind sie von
ihm zu hören. Er malt etwas in
"Schwarz" obwohl er der "Roten" Par-
tei angehört, er mahnt zur Vorsicht
und Sparsamkeit. Das sind Eigenschaf-
ten - besonders bei einem Finanzre-
ferenten - die man im allgemeinen für
gut heißen kann. Ob Sparsamkeit aber
gegenwärtig noch jene große Bedeutung
wie früher hat, wo der Schilling trotz
der Geschreies beider Regierungspar-
teien, der Schilling darf nicht kleiner
werden, doch immer kleiner wird, ist
fraglich. Ich glaube, daß allzu große
Sparsamkeit in der jetzigen Situation
der Geldentwertung, doch gut überlegt
gehört. Ich meine damit nicht, daß man
leichtfertig Ausgaben macht, sondern
daß man sich an Projekte heranwagt,
die im Interesse der Gemeinde und ih-
rer Bewohner gelegen sind, ja viel-
fach geradezu ein Bedürfnis ihrer Be-
wohner darstellen. Es gibt ja auch
Politiker, die bewußt im Auftrag be-
stimmter Kreise eine Geldentwer-
tungspolitik - eine Art Inflationspo-

litik - betreiben, zum Nachteil der
Konsumenten, zum Nachteil des klei-
nen Mannes, jedoch zum Vorteil jener
Kreise, die meist aus der Industrie
und dem Großhandel kommen, weil sie
dadurch im Export leichter konkurrie-
ren und ihre Schulden mit einem ge-
schwächten Schilling leichter abzahlen
können. Wir haben es in den letzten
Jahren erlebt, daß unter der Regie-
rung des Herrn Klaus eine ständige
Teuerung zu verzeichnen ist, die nicht
abreißt und jedem Sparen den Sinn
nimmt, wenn unsere Geldinstitute für
Spareinlagen dem Sparer 3 - 4 % Zin-
sen bezahlen, während durch die Teue-
rung die Kaufkraft des Schillings jäh-
rlich um 5 - 6 % sinkt. Das gilt auch im
größeren gesehen für den Haushalt der
Gemeinde. Ich kann allerdings von die-
ser Politik der Geldentwertung und der
Verkleinerung des Schillings auch die
zweitgrößte Regierungspartei nicht für
ganz unschuldig erklären, denn be-
kanntlich werden ja alle Beschlüsse in
der Regierung einstimmig gefaßt. Aber
das ist eben die Politik der Sozialpar-
tenschaft, gegen die wir als Arbeiter
ankämpfen, weil sie sich im großen und
ganzen zum Nachteil der Arbeiter und
Angestellten auswirkt.

Ich habe den Finanzreferenten,
der diesmal das Budget noch sparsa-
mer gestaltet hat, noch mehr einge-
engt hat, genaugenommen erst einmal
bei einer Budgetberatung gehört, in der
er eine etwas optimistische Per-
spektive aufgezeigt hat - das war
vergangenes Jahr - wohl gezwungen
durch die offiziellen Äußerungen und
Darstellungen des Direktors der Steyr-
Werke, der von einer erfolgreichen
Entwicklung und von langfristigen Auf-
trägen in der Öffentlichkeit gesprochen
hat und so war es wohl nicht gut mög-
lich, in der Gemeinde den gegenteili-
gen Ton anzuschlagen. Aber heuer hö-
ren wir schon wieder für das künftige
Jahr, daß wir noch mehr sparen müs-
sen, wie es in der Vergangenheit ge-

wesen ist.

Der Herr Finanzreferent hat uns gleich vorweg gesagt, wir sollen uns die Projekte, die schon wiederholt von den verschiedenen Fraktionen zur Sprache gebracht wurden, z. B. Schlachthof, Stadthalle, Hallenbad usw., aus dem Kopf schlagen. Er sagt, es gibt vordringlichere Projekte - und da bin ich mit ihm einer Meinung - die gibt es ohne Zweifel, das sind der Ausbau von Schulen und der Bau von Wohnungen. Darüber, daß das die vordringlichsten Projekte sind, denen wir unser Hauptaugenmerk zuwenden müssen, darüber gibt es glaube ich keinen Zweifel.

Betreffend das Hallenbad möchte ich folgendes sagen. Ich habe ja bereits zweimal, bei 2 Voranschlägen, die Anregung gebracht, im Interesse der Jugend und Sportler ein Hallenbad zu errichten. Ich sehe ein, wenn man sich den heurigen Voranschlag durchsieht, nachdem die bereits genannten vordringlichen Projekte in Angriff genommen werden sollen, besonders der Schulbau, daß wir den Hallenbadbau zurückstellen müssen. Aber ich möchte die Notwendigkeit, die Bedeutung eines Bades für Steyr, von einer anderen Seite aufzeigen. Wenn ich seinerzeit von einem Hallenbad gesprochen habe, so war nicht nur gemeint, nur den Sportlern für Ihre Wettschwimmen und dergleichen oder nur für die Jugend ein Hallenbad zu errichten, sondern damit gleichzeitig, das hat wohl jeder mitbekommen, dort auch Wannenbäder und Brausebäder, die der Bevölkerung von Steyr zur Reinigung dienen sollen, zu installieren. Wenn wir uns in der Stadt Steyr, die rund 40 000 Einwohner hat, umsehen, welche öffentlichen Bäder bestehen, in die Menschen, die noch kein Bad in der Wohnung besitzen, gehen können, so müssen wir feststellen, daß fast nichts vorhanden ist. Sicher sind in den Neubauten der Gemeinde Bäder eingebaut worden, was begrüßenswert ist und

was man heute überall macht, wo man Neubauten auführt. Aber es gibt noch tausende Wohnungen, in denen noch kein Wannenbad oder Brausebad vorhanden ist. Ich habe mich dafür interessiert, wieviele Wannenbäder der Steyrer Bevölkerung zur Verfügung stehen. Wir haben eine Sauna in Steyr, die über - ich glaube mich nicht zu irren - ganze 3 Wannenbäder verfügt, die den heutigen Ansprüchen der Hygiene nicht mehr ganz entsprechen. Wir haben außer der Sauna noch die Firma Knabl, in der Nähe des Neutores, die Wannenbäder zur Verfügung hat. Wenn es hoch hergeht, stehen dort 5 Wannen. Für eine Bevölkerung von 40 000 Einwohnern, sage und schreibe kaum ein Dutzend Wannen- oder Brausebäder, die zur Verfügung stehen, wenn man von den Neubauten oder von den wenigen Glücklichen, die sich privat ein Bad einbauen konnten, absieht. Ich glaube, damit können wir in Steyr, wo wir uns doch als fortschrittliche Gemeinde betrachten, keinen Staat machen. Das ist ein mittelalterlicher Zustand, wenn viele tausend Familien sich noch im Wasserschaffel in der Küche reinigen müssen. Man hat ja doch das Bedürfnis, seinen ganzen Körper zu reinigen. Man hat eine Badewanne für die Kleinen und in die müssen sich dann auch die Großen hineinwaschen. Darauf möchte ich die Aufmerksamkeit des Herrn Finanzreferenten lenken. Ich weiß nicht, ob es bautechnisch möglich ist, eine Art Provisorium zu errichten, wie man es beispielsweise für die Realschule gemacht hat. So wie man dort Schulraum geschaffen hat, wäre es vielleicht möglich, ein provisorisches Bad zu errichten, in dem man Dutzende Wannen- oder Brausebäder unterbringen könnte. Das ist eine dringende Notwendigkeit, da kann keiner von Luxus sprechen. Deshalb glaube ich, muß es nicht gerade ein Millionenprojekt von Hallenbad sein, wenn schon derzeit die Mittel nicht reichen, sondern

in dieser von mir aufgezeigten Form.

Ich freue mich - der Herr Finanzreferent hat sogar einen Erfolg vergessen aufzuzeigen, als er von dem gesprochen hat, was durchgeführt wurde - daß auf Grund eines Beschlusses in der letzten Stadtsektionssitzung auf der Ennsleite eine Apotheke errichtet werden soll, die wir schon Jahre gefordert haben. Ich bin der Meinung, daß die Bevölkerung der Ennsleite sehr dankbar dafür sein wird, so wie sie dankbar dafür ist, daß die Ennsleite nun auch in den städtischen Autobusverkehr einbezogen wurde.

Weniger erfreulich ist, daß trotz unserer wiederholten Forderung, die Siedlung Klein-Aber-Mein in den Autobusverkehr noch nicht einbezogen wurde, obwohl dort seit Jahren der dringende Wunsch besteht, zumindest zweimal wöchentlich, wenn die Hausfrauen auf den Wochenmarkt einkaufen gehen, und dann ihre schweren Taschen heim-schleppen müssen, den Autobus dorthin zu führen. Man sollte zumindest an Donnerstagen und Samstagen, an den zwei Haupteinkaufstagen, die Autobuslinie bis nach Klein-Aber-Mein erweitern. Es wurde gesagt, das sei Sache der Kalkulation, ob eine Linie rentabel ist oder nicht. Kollege Huemer, als Referent der städtischen Betriebe, hat im vergangenen Jahr, zumindest andeutungsweise, durchblicken lassen, es dürfte eventuell ab Mai diese Linie eingeführt werden. Geschehen ist nichts. Die Bewohner von Klein-Aber-Mein erwarten bestimmt, daß das zumindest im kommenden Jahr der Fall sein wird. Dasselbe ist mit der öffentlichen Sprechstelle auf Klein-Aber-Mein. Es gibt dort immer noch keine öffentliche Telefonzelle. Wir wissen, daß die Entfernung doch ziemlich groß ist und wenn die Leute einen Arzt brauchen oder wenn irgendwelche andere dringende Angelegenheiten zu erledigen sind, müssen sie zu Fuß sehr weit in die Stadt hinuntergehen. Auch das ist eine Forderung, die von uns

seit Jahren erhoben wird und die bisher keine Erfüllung gefunden hat. Ich glaube, man soll diese Arbeitersiedlung doch nicht von der Gleichberechtigung ausschließen und sie teilnehmen lassen an den - meinetwegen Segnungen, die durch Initiative der Gemeinde geschaffen wurden.

Kapitel Wohnbau. Es wurde schon erklärt, daß dies zu den vordringlichsten Aufgaben gehört. Der Herr Finanzreferent hat ausgeführt, daß seitens der Gemeinde wieder S 9 Mill. eingesetzt wurden. Jahr für Jahr wird die Anzahl der Wohnungen, die wir bauen, geringer. Es ist ganz klar, das weiß jeder, daß die Baukosten von Jahr zu Jahr steigen. Dadurch wird die Summe von S 9 Mill., die wir schon mehrere Jahre hindurch für den Wohnbau einsetzen, viel zu wenig, um das Bauvolumen, die Anzahl der Wohnungen, die wir früher um dasselbe Geld bauen konnten, heute noch erstellen können. Es wurden beispielsweise im Jahre 1964 185 Wohnungen fertiggestellt. In diesem Jahr sind es im besten Fall 120 und die werden erst in den nächsten Monaten fertig. Wir haben ein großes Wohnbauprogramm auf der Ennsleite und am Tabor entwickelt. Jetzt fragen wir uns, wann werden diese Wohnungen fertiggestellt? Der Bau-summe entsprechend wird sich das auf viele Jahre ausdehnen und ich fürchte sehr, daß im nächsten Jahr, wenn es gut geht, 50 - 60 Wohnungen zur Vergabe kommen können, weil wir ja nicht vergessen dürfen, daß durch das Abtragen der Blockhäuser die dort wohnenden Leute auch untergebracht werden müssen, daher werden zur Neuvergabe höchstens 50 - 60 Wohnungen in Frage kommen. Ich appelliere an den Referenten und an das gesamte Präsidium, sich das reiflich zu überlegen, ob es nicht doch notwendig ist, die Summe für das Wohnungswesen zu erhöhen. Auf die Dauer werden wir bei Einsatz von nur S 9 Mill. auf eine immer kleinere Bautät-

tigkeit herabsinken.

Außerdem wäre zu sagen, daß vom sozialen Wohnbau überhaupt keine Rede mehr ist. Das war in den vergangenen Jahren noch möglich, daß man dort und da noch einen Bau eingeschoben hat, der als sozialer Wohnbau gelten konnte, aber wie die Dinge heute liegen, ist davon keine Rede mehr. Infolge steigender Baukosten erhöhen sich auch die Mieten. Doch glaube ich, daß man auch den sozialen Wohnbau nicht aus dem Auge verlieren sollte.

Ich komme wieder auf das Kapitel Bauen im allgemeinen zu sprechen. Ich weiß, daß es unangenehm empfunden wurde, auch vom Bauamt, daß ich hier wiederholt in den vergangenen Jahren Kritik geübt habe. Wir kommen trotzdem nicht darüber hinweg. So wie wir bei der Summe von S 9 Mill. für den Wohnbau stehen bleiben, so bleiben wir in Steyr auch im technischen Verfahren stehen. Wir bauen heute so, wie vor 20 Jahren gebaut wurde. Obwohl auf jeder Konferenz, die von Baufachleuten einberufen wird, obwohl in allen technischen Zeitschriften, wie auch in der Zeitschrift der Gemeinde, man sich damit beschäftigt, neue Wege zu finden, und Erfahrungen ausgetauscht werden, spürt man in Steyr nichts von dem Versuch einer wirklichen Forcierung des Bauens und einer rascheren und dadurch auch einer billigeren Herstellung. Gemeinderat Holzinger hat mir voriges Jahr, als ich dasselbe Thema angeschnitten habe, zugerufen, bauen tun nicht die Baumeister, sondern die Arbeiter! Das ist richtig und wir wissen, daß heute Mangel an Arbeitskräften besteht, obwohl er teilweise durch Fremdarbeiter behoben wird und behoben werden kann. Wir haben sie ja schon in Steyr und wir werden uns in größerem Ausmaß darum bewerben müssen, wenn wir unser Bauprogramm wirklich forcieren wollen. Ich glaube, auch die technischen Methoden des

Bauens müßten mehr unter die Lupe genommen werden, um eine raschere Fertigstellung der Wohnbauten erreichen zu können. Ich fürchte, daß hier ein gewisser Mangel besteht. Ich habe vergangenes Jahr darauf hingewiesen, daß Baumeister beschäftigt werden und Wohnbauten an sie vergeben werden - das ist gegen sie kein Vorwurf - die nicht so leistungsfähig sind, die über die technischen Mittel, die heute notwendig sind, um einen größeren Bau durchzuführen, nicht verfügen. Daß dabei eine gewisse Sucht besteht, so viele Aufträge wie möglich an sich zu reißen, denn hat man den Auftrag, so hat man auch gewisse Kreditmöglichkeiten. Vorgezogen werden dann die Aufträge für Privatbauten, denn den Gemeindeauftrag habe ich ja schon in der Tasche, der kann mir nicht entgehen. Wenn das Private erledigt ist, dann kommt der Gemeindebau. Ich meine, hier müßte man mit mehr Konsequenz und mit einem gewissen Druck von Seiten des Präsidiums der Gemeinde bei der Vergabung vorgehen. Es wäre schlecht, wenn gerade hier in Steyr ein Stillstand eintreten würde, der meiner Auffassung nach nicht notwendig ist.

Der Herr Vizebürgermeister hat auch angeführt, daß infolge der Entwicklung des Verkehrs es notwendig ist, um die alten Menschen zu schützen, die Gehsteige auszubauen. Ich unterstreiche diese Auffassung

Ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf verweisen, daß im Zuge des Ausbaues des Arbeiterberges, der zur Einbahn wurde, die Schiller- und Arbeiterstraße zum Verkehrsknoten wurde. Dort fahren jetzt viel mehr Autos als vorher und es besteht kein Gehsteig, dadurch werden die Fußgänger besonders die Kinder, mehr gefährdet wie bisher. Ich möchte daher bitten, dort einen Gehsteig zu errichten, da ja, wie schon erwähnt, die Verkehrsfrequenz und damit auch die Gefährdung der Fußgänger größer wurde. Ich

möchte bei dieser Gelegenheit auch darauf verweisen, daß in Münichholz teilweise die Straßennamenstafeln fehlen, teilweise unleserlich sind und es besonders für nicht Ortskundige schwer ist, die Straßen aufzufinden. Ich würde bitten, daß man auch dahin die Aufmerksamkeit des betreffenden Ressortbeamten lenkt.

Ich möchte noch etwas zum Bauwesen sagen. Ich habe viele Jahre hindurch gekämpft - vor 2 Jahren ist es Wirklichkeit geworden - daß das Wartehäuschen am Plenkelberg hergestellt wird. Ich freue mich darüber, möchte aber die Aufmerksamkeit jetzt darauf lenken - auch das habe ich schon erwähnt - daß das Wartehäuschen in der Johannesgasse - Pachergasse schon lange nicht mehr den Anforderungen entspricht. Da dort einer der frequentiertesten Punkte - ist er doch Ausgangs- und Einlaufpunkt der Autobuslinie - liegt, ist es bei Stoßzeiten viel zu klein. Dort müßte man, glaube ich, in allernächster Zeit nach dem Rechten sehen, damit nicht gerade im Winter oder bei Schlechtwetter die Fahrgäste den Unbilden der Witterung ausgesetzt sind.

Zur Straßenbeleuchtung. Auch hier möchte ich aufmerksam machen, daß einige Straßen noch sehr mangelhaft beleuchtet sind. Besonders ist das am Hubergutberg, dessen Ausbau, wie wir im Voranschlag sehen, geplant ist, wissen wir erfahrungsgemäß, daß das lange dauert. Aber man sollte dort die Beleuchtung wirklich rechtzeitig verbessern.

Der Arbeiterberg - das wurde schon erwähnt - wurde erfreulicherweise reguliert. Nicht ganz verständlich, aber das ist zum Teil Sache des Bauausschusses, der das glaube ich befürwortet hat, ist, daß man ihn als Einbahn beläßt, obwohl er reguliert wurde, daher breiter ist und man leichter fahren kann und nicht wieder den Normalverkehr einschaltet. Vielleicht kann Kollege Gherbetz dazu als

Verkehrsreferent etwas sagen. Was ich aber noch erwähnen möchte ist, daß man bei der Regelung des Arbeiterberges vorausgesetzt hat, daß die Beleuchtung durch Kabellegung, den modernen Ansprüchen entsprechend, durchgeführt wird. Man hat aber zur alten Freileitung gegriffen. Wahrscheinlich ein Übersehen des Bauamtes. Dadurch wird es bei der Weiterführung der Durchzugsstraße wieder zu Aufgrabungen kommen müssen.

Ich möchte noch beim Kapitel Wohnungswesen darauf hinweisen, daß bei der Wohnungsvergabe eine Praxis gehandhabt wird, die nach unserer Meinung nicht in Ordnung ist. Wenn einem Mieter am 22. oder 23. eines Monats der Schlüssel zum Beziehen der Wohnung übergeben wird, so muß er schon ab 15., also für das halbe Monat Miete bezahlen. Ich glaube, daß ihm dadurch ein Viertel Miete zuviel angerechnet wird, da er erst die letzten 7 Tage des Monats die Wohnung beziehen kann. Auch das spielt im Arbeiterhaushalt sicher eine Rolle. Ich bin der Meinung, daß man davon abgehen soll und der Mieter erst ab dem Zeitpunkt der Wohnungsübergabe bezahlen muß.

Bei der Berechnung der Betriebskosten wird für die Instandsetzung des Rasens dem Mieter pro m² ein Betrag verrechnet. Genaugenommen ist das ungesetzlich, denn dieser Beitrag für die Instandsetzung des Rasens ist schon in der Grundmiete enthalten. Wenn man ihn dann noch bei den Betriebskosten anrechnet, so bezahlt der Mieter dafür zweimal. Ich bitte, das zu überprüfen - Kollege Baumann, wenn Du auch den Kopf schüttelst - wenn es nicht richtig ist, kann es ruhig richtiggestellt werden. Wenn es aber so ist, bitte ich um Berichtigung, damit der Mieter nicht zweimal zum Handkuß kommt.

In den letzten Jahren hat auch das Kapitel Bauaufsicht eine gewisse Rolle gespielt. Wir wissen, daß dazu

nur Fachleute, Bauingenieure oder Techniker verwendet werden können und daß das eine sehr kostspielige Angelegenheit ist. Ich glaube aber, daß sie bei der Baudurchführung selbst - ich zitiere hier die Steinfeldstraße - die Beobachtung machen können, die sehr auffällig ist, nämlich daß an manchem Bau etwas schlampig gearbeitet wurde. Die Mieter müssen dadurch selbst verschiedene Arbeiten durchführen, z. B. am Balkon, usw. Die Leute fragen sich natürlich - und ich frage mich auch - wozu braucht man dann eine kostspielige Bauaufsicht? Ich bitte, sich auch dafür zu interessieren. Vielleicht entsteht das durch das Drängen zur schnelleren Fertigstellung des Hauses, aber sei es wie immer, es ist damit niemand gedient, wenn schlampig gearbeitet wird, auch wenn der Bau dadurch früher fertig wird, es soll doch auch ordentlich sein.

Zum Kapitel Sport möchte ich auf eine Kleinigkeit aufmerksam machen und das Präsidium bitten, dieser Sache nachzugehen, weil sie meiner Ansicht nach leicht abzustellen ist. Es betrifft den Sportverein ATSV-Bewegung auf der Ennsleite. Sie kennen alle den Sportplatz, der mit einer Seite gegen den Abhang zur Neuschönau abschließt. Wiederholt passiert es dort beim Fußballspiel, in der Hitze des Angriffs, daß Bälle über den Abhang hinuntergeschossen werden, weil dort ein Abfangnetz fehlt und nach Auskunft der Sportler ist das heute eine sehr kostspielige Sache. Die Sportler sind nun an mich herangetreten und haben gefragt, ob hier nicht die Gemeinde Abhilfe schaffen könnte. Beispielsweise haben sie mir erzählt, daß innerhalb von 2 Tagen 9 Fußbälle verschossen wurden, was für sie zusätzliche Kosten von S 2 700,- bedeutet, da ein Ball angeblich S 300,- kostet. Hier könnten wir den Sportlern wirklich entgegenkommen. Es ist Sache der Gemeinde, daß dort ein Fangnetz aufgestellt wird. Angeblich

soll der Herr Bürgermeister schon einmal zugesagt haben und angeblich soll es von einem Herrn des Amtes einfach mit dem Einwand abgetan worden sein, daß das Stadtbild verunziere. Ich glaube, wenn das Hochhaus auf der Ennsleite dort als Eckpfeiler stehen kann, was auch nicht gerade die Stadt verschönert - aber zweckmäßig ist, wir brauchen ja Wohnungen - dann wird das einige Meter hohe Fangnetz das Stadtbild sicher auch nicht mehr verunzieren.

Ich möchte also im Interesse dieser Sportler bitten, ein Fangnetz aufzustellen.

Zum Kapitel Sport möchte ich noch folgendes sagen. Wir haben einen Eislaufplatz bei der Rennbahn, der wie bekannt ist, erfreulicherweise reichlich beansprucht wird und der auf Grund der Beanspruchung viel zu klein geworden ist. Der Eislaufsport entwickelt sich immer mehr, da er ein verhältnismäßig billiger Sport ist, zum Volkssport, ähnlich dem Schifahren.

Ich möchte fragen, ob man nicht den Gedanken erwägen könnte, eine Kunsteisbahn anzuschaffen, damit man ungefähr ab Oktober bis März, je nach Witterung, dort den Eislaufsport betreiben könnte. Ich glaube nicht, daß das eine überwältigende Ausgabe wäre, denn der Platz und die Garderoben sind ja schon vorhanden. Ich möchte das anregen und ersuche, daß diesem Gedanken näher getreten wird, was sicher auch im Interesse der Jugend wäre. Dort tummelt sich alt und jung - die Eltern mit ihren Kindern - auf dem Eis. Hier könnten wir der Bevölkerung mit verhältnismäßig wenig Mittel entgegenkommen.

An Herrn Professor Radinger als Kulturreferent möchte ich das Ansuchen stellen, das ich schon bei Eröffnung der Bibliothek gestellt und durch einige Jahre immer wiederholt habe, - nebenbei gesagt freue ich mich, daß die Bücherei laufend mit neuen

Büchern ausgestattet wird, insbesondere das letzte Werk, das auch im Amtsblatt erwähnt wurde, die Encyclopaedia Britannica, das sicher eine besondere Ergänzung der Bücherei darstellt und für Lernende ein wertvolles Werk ist - in der Bibliothek einen Lesesaal, eine Lesestube oder wie Sie es nennen wollen, zu errichten

Ich bin der Auffassung, daß die vielen kleinen Projekte, die vergangenes Jahr zum Teil von allen Fraktionen erwähnt wurden, wirklich kein Vermögen kosten. Das sind Objekte, die vielleicht zusammen S 1 oder 2 Mill. ausmachen, mit denen aber tatsächlich den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung getragen würde.

Wir haben in Steyr auch die Volkshochschule. Das ist eine sehr begrüßenswerte Einrichtung, die sehr segensreich ist, denn sie gibt auch dem Erwachsenen die Möglichkeit, sein Wissen zu erweitern und sich auf den verschiedenen Gebieten fortzubilden. Hier möchte ich fragen, weil dieser Wunsch von verschiedenen Seiten an mich herangetragen wurde - wenn ich nicht irre, werden dort auch Volkstänze gelehrt, ob das im Rahmen der Volkshochschule ist, weiß ich nicht genau, es werden Kindertänze gelehrt usw. - ob man nicht für die Jugend zwischen 16 und 17 Jahren im Rahmen der Volkshochschule Kurse für den modernen Gesellschaftstanz einführen könnte. Wenn man Volkstänze lehrt, so könnte auch das durchgeführt werden. Ich glaube, damit wäre auch eine gewisse Ablenkung der Jugend von der Straße verbunden. Das soll nur eine Anregung sein. Auch wenn man dagegen hält, daß es Privattanzschulen gibt, so hat doch die Volkshochschule den großen Vorteil, daß sie um verhältnismäßig wenig Geld den arbeitenden Menschen Fortbildungsmöglichkeiten gibt.

Ich möchte noch auf ein anderes Kapitel verweisen. Wir haben im heu-

rigen Jahr die 20-jährige Befreiung Österreichs vom Faschismus gefeiert. Wir haben uns bei öffentlichen Feiern darüber gefreut und der Widerstandskämpfer gedacht und ihnen gedankt, daß sie gegen dieses grausame Regime gekämpft haben. Es wurden ihnen Mahnmale gesetzt usw. Ich möchte da auf einen Umstand verweisen, der sich leicht abstellen läßt und sicher für die Stadt keine besonderen Kosten verursacht.

Wir haben in Steyr auf dem Friedhof ein Mahnmal für die im KZ Umgekommenen. Ich könnte nicht streiten, ob nicht dieses Mahnmal seinerzeit von der Gemeinde errichtet wurde. Anschließend an das Mahnmal hinter den Bäumen ist ein großer Misthaufen, auf dem aller Abfall, den es auf einem Friedhof gibt, abgelagert und gesammelt wird. Ich glaube, das ist wirklich eine Schande und man soll die Friedhofsverwaltung darauf aufmerksam machen, daß das der Würde dieser Gedenkstätte nicht entspricht.

Es ist üblich, daß man am Tage der Toten, zu Allerheiligen, an solchen Denkmälern zur Ehre der Toten Kränze niederlegt. Es ist von der Stadt Steyr, überhaupt wenn das Mahnmal von der Gemeinde errichtet wurde - das läßt sich ja feststellen - noch nie öffentlich ein Kranz niedergelegt worden. Ich glaube, auch das würde zu unserem Pflichtenkreis gehören. Es hat auch noch nie offiziell eine Vertretung an der Totenfeier teilgenommen.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT EBMER:

Es werden alle durch die Zeitung eingeladen!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Man sagt, es ist das Mahnmal, zu dem die Kommunisten und KZ-ler hingehen und dort ihre Toten ehren. Das stimmt aber nicht! Die Verfolgten von damals, für die das Mahn-

mal errichtet wurde, sind Angehörige aller Parteien, die dem Faschismus Widerstand geleistet haben. Ich möchte also bitten, daß man dem in Zukunft Rechnung trägt und dort genauso Ehrungen vornimmt, wie es anderswo geschieht, wo die SS ihre Kränze niedergelegt

Das waren die verschiedenen Wünsche, die ich im Interesse der Bevölkerung vorgetragen habe und die, wie ich hoffe, wirklich einer Erledigung zugeführt werden, weil sie doch kleine Wünsche sind, die kein Millionenvermögen in Anspruch nehmen, die aber der Bevölkerung zeigen würden, daß die Gemeinde daran interessiert ist, ihre Bedürfnisse und Wünsche, soweit sie erfüllbar sind, durchzuführen. Ich glaube, daß wir das ohne weiteres tun können. Unserem Finanzreferenten wurde im abgelaufenen Jahr bei der Budgetberatung für das Jahr 1965 - er hat damals zum 20. Male das Budget vorgelegt - von allen Fraktionen für seine Leistungen, die sachlich planend und sparsam sind, die Anerkennung ausgesprochen. Ich bin der Meinung, das soll ihn aber doch nicht dazu bewegen, auf alle Fälle bei dieser kleinlichen Sparsamkeit zu bleiben, sondern wie er selbst angeführt hat, so wie es in Linz und in anderen Städten - auch beim Land - der Fall ist, wo man etwas großzügiger an verschiedene Projekte herangegangen ist, daß das auch in Steyr geschehen soll. Wir haben im vergangenen Jahr darüber gesprochen, Stadtrat Schachinger hat zwar damals erklärt, er habe sich belehren lassen und ist auch der Meinung, daß die bisher geübte Sparsamkeit richtig ist und hat dabei auf das Land verwiesen. Es ist lustig, daß der Finanzreferent heute erklärt hat, daß das Land etwas vom Weg abgekommen ist und sich großzügiger zeigt. Ich wurde damals von Kollegen Enge unterstützt, der auch der Meinung war, daß man auch Ausgaben für Projekte, die der Allgemein-

heit nützen, riskieren muß, selbst wenn man dafür Kredite aufnimmt. Auch wenn die nächste Generation an der Abzahlung der Kredite mitarbeiten muß. Ich habe den Eindruck, unser Finanzreferent hat den absoluten Ehrgeiz, wenn er abtritt sagen zu können, ich habe die Stadt Steyr schuldenfrei übergeben. Sicher eine sehr schöne Sache, aber wir sollen doch nicht stehen bleiben, denn stehen bleiben bedeutet Rückschritt. Ich habe schon einmal erwähnt, daß wir von den Welsern überflügelt wurden. Linz will ich nicht als Beispiel anführen, das ist die Landeshauptstadt und hat andere Möglichkeiten, das ist sicher richtig. Ich fürchte nur, daß wir weiter ins Hintertreffen kommen werden, wenn wir uns gar nicht an neue Projekte heranwagen werden.

Es wurde schon erwähnt, daß die Gemeinde auf einem Gebiet ihre Verpflichtungen bereits erfüllt hat, das war die Aufschließung von Gewerbegründen. Das ist sicher zu begrüßen und ich glaube, die Gemeinde müßte alles was in ihrer Kraft steht tun, um Gewerbe und Industrie für Steyr heranzuziehen, als Ausgleich gegenüber dem großen Betrieb, dem wir bis jetzt auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sind. Ich wünsche nicht, daß es uns einmal so geht, wie es derzeit in Wr. Neustadt der Fall ist, wo die Gemeinde mit einer großen Zähigkeit und einem begrüßenswerten Aufwand von Kraft darum kämpft, das Raxwerk zu erhalten. Ich glaube, wir müssen das sehen und uns gerade als Arbeitergemeinde dafür interessieren und sollten der Gemeinde Wr. Neustadt in irgendeiner Form unsere Solidarität zum Ausdruck bringen, daß sie mit solcher Vehemenz um die Arbeitsplätze für viele hunderte Arbeiter den Kampf führt.

Ich möchte nochmals an die verschiedenen Referenten appellieren, in deren Ressort meine Wünsche gefallen sind. Im besonderen appelliere ich aber

Kosten eine wesentliche Rolle spielt.

Ich glaube aber doch, daß wir nicht nur mit der Vorschau zufrieden sein dürfen, sondern daß wir auch allen Grund haben, einen kurzen Rückblick auf die Leistungen zu tun, die durch die Beschlüsse des Gemeinderates im heurigen Jahr erbracht werden konnten. Ich glaube, auch in Ihrem Namen sagen zu dürfen - als Baureferent - daß wir den Bediensteten der betreffenden Abteilungen wirklich volle Anerkennung zollen, daß wir aber auch die Anerkennung den Firmen nicht vorenthalten, denen wir Aufträge gegeben haben.

Ich glaube das wären in kurzen Zügen die Sorgen, die ein Baureferent dem Gemeinderat vorbringen darf.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke, Kollege Schachinger bitte!

STADTRAT EMIL SCHACHINGER:
Sehr geehrter Gemeinderat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe noch die Frage an den Herrn Bürgermeister gestellt, ob ich jetzt als Redner auftreten darf, denn Sie werden sich vielleicht noch erinnern, daß das vor einem Jahr das Mißfallen des Kollegen Watzenböck erregt hat, daß ich ihm bei der Wortmeldung um eine Nasenlänge zuvorgekommen bin. Ich hoffe also, daß diese Sache jetzt geklärt ist und daß ich doch als 3. Debattenredner auftreten darf, und nicht wieder einen Vorwurf vom Kollegen Watzenböck einstecken muß.

Der heutige Voranschlag, den uns der Herr Finanzreferent vorgetragen hat, gleicht - ich darf hier Kollegen Moser zitieren, ich habe das aus alten Protokollen herausgelesen - wie ein Ei dem anderen. Kollege Moser hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich mich voriges Jahr bereits zu der Finanzpolitik unseres Finanzreferenten bekannt habe. Dieser Voranschlag ist eigentlich etwas trostloser, als wir es in den letz-

ten Jahren gewohnt waren, es ist in diesem Rahmen in den letzten Jahren noch niemals so oft von dem Wort "sparen" gesprochen worden. Aber wie wir unseren Finanzreferenten kennen, weiß er ganz genau, was er machen soll. Er denkt sich, wenn ich einmal später Schulden mache, werde ich wahrscheinlich die Kredite viel billiger bekommen, denn die Kreditinstitute arbeiten ja heute auch mit Preisen, die der Konjunktur angepaßt sind. Auf der anderen Seite dürfen wir nicht vergessen, wir haben die Erfahrung ja bereits x-mal gemacht, denken wir nur wie lange es gedauert hat, bis der Blümelhuberberg fertig geworden ist. Erinnern wir uns daran, daß für heuer bereits die Eröffnung des Altersheimzubaues festgelegt war und wir sehen müssen, daß vielleicht nächstes Jahr einmal dieses Gebäude fertig wird. Daß es vorkommt, daß Leute, denen zu Beginn des Jahres mitgeteilt wurde, daß sie heuer eine Wohnung bekommen, doch gar nicht einziehen konnten. So zeigt das, daß die wirtschaftliche Kapazität bereits derart überlastet ist, daß es gar nicht möglich ist, auch bei einem größeren Kapitaleinsatz weitere große Projekte durchzuführen. Es wurde ja bereits angeführt, daß wir ausländische Arbeiter beschäftigen. Soviel ich gehört habe, sollen sogar die Steyr-Werke schon Ingenieure aus Jugoslawien heranziehen. In der Zeitung war neulich zu lesen, daß im Linzer Landestheater bereits 20 % der Musiker Ausländer sind. So können wir uns vorstellen, wie die Entwicklung in diesem Jahre und auch in den kommenden Jahren sein wird. Daß diese Konjunktur natürlich Preis- und Lohnsteigerungen hervorruft, ist ganz klar. Ich glaube, bevor man nicht irgendein Abkommen treffen wird, wie es das Raab-Kamitz-Abkommen war, wird die Preis- und Lohnspirale auch in der Zukunft ansteigen. Der Herr Finanzreferent hat uns ja verschiedene Punkte aufgezeigt, die

Wünsche in den vergangenen Jahren waren und die nun doch langsam erfüllt werden konnten. Selbstverständlich ist die Wunschliste noch bedeutend größer und so wie üblich darf ich Ihnen auch einige vortragen, wobei ich sagen möchte, daß viele meiner Wünsche keinen großen Kapitalansatz erfordern, sondern vielleicht in erster Linie guten Willen. Die sinkende Einnahmenseite unseres Budgets versuchte ich Ihnen in den letzten Jahren dadurch auszugleichen, daß ich auf den wichtigen Fremdenverkehr hingewiesen habe. Wir sind einen Schritt weitergekommen. Sie haben in der Zeitung gelesen, daß sich bereits der Fremdenverkehrsverband Steyr und Umgebung - das heißt, mit den Gemeinden Garsten und Ulrich - gegründet hat. Der Gemeinderat Garsten hat ja bereits seine Zustimmung erteilt und ich glaube, es wird nicht mehr allzu lange dauern, bis dieser Antrag auch dem Gemeinderat in Steyr vorliegt. Wenn wir uns nun wirklich zu einer Fremdenverkehrsstadt entwickeln wollen, so müssen wir auch gewisse Übel beseitigen.

Darf ich hinweisen, daß ein Fremder, ob er von der Nord- oder Südrichtung kommt immer entsetzt ist über die schlechten und verwahrlosten Ufer an der Enns. Die Kai-Promenade, für die ich schon seit einigen Jahren plädiere, ist leider auch noch nicht durchgeführt.

Etwas bedenklich ist der Wehrumbau. Ich muß feststellen, daß die Steyr, die früher durch ihre beiden Wehren so einen Anziehungspunkt hatte, wenn das Wasser so gerauscht hat und die Kinder das direkt als Schlagobers betrachtet haben, heute zum Großteil ein vollkommen versandetes Flußbett ist und trotz der gestern aufgetretenen höheren Wasserzufuhr konnte dieser Schutt nicht beseitigt werden. Ob dies ein Fehler in der Konstruktion ist oder ob vielleicht größere Wasserzufuhr in den Sommer- oder in den Frühjahrsmonaten das beseitigen wird,

können wir heute nicht feststellen.

Wichtig - das haben wir auch letztes Mal angeführt - ist es für eine Stadt, die über so beträchtliche und kostbare Baudenkmäler verfügt, diese entsprechend zu beleuchten. Wir haben im vergangenen Jahr anlässlich der 100-Jahr-Feier Anlagen geschaffen, mußten aber heuer mit größtem Bedauern feststellen, daß eine Anstrahlung aller unserer Gebäude nicht durchgeführt wurde. Ich weiß nicht, sind diese Anlagen, die errichtet wurden, bereits gebrauchsunfähig oder hat man darauf vergessen.

Zum Punkt Beleuchtung möchte ich erinnern, daß die Beleuchtung der Brücken noch immer so ist, wie ich sie vor 2 Jahren geschildert habe. Besondere Bezirke, die, wenn ein Lichtpunkt ausfällt an die totale Verdunklung während der Weltkriegszeit erinnern, sind die Neuschönau, die Promenade und auch der Laichbergweg.

Die Umfahrgstraßen wurden bereits angeführt. Darf ich erinnern, daß die Pflasterung in der Enge einer gründlichen Überholung bedarf. Es ist geradezu eine Kunst für einen Fußgänger, daß er bei Regen mit halbwegs trockenen Füßen die Enge überschreiten kann.

Wir haben vor kurzem von einem Vorschlag gehört, der die Übersiedlung eines Amtsgebäudes betrifft. Es wurde der Vorschlag gemacht, dieses Amtsgebäude in die Berggasse zu verlegen, also in jene historische Gasse, die seinerzeit den Namen Herrergasse geführt hat und es ist geradezu interessant, heute in den OÖ. Nachrichten einen Artikel über diese Gasse zu lesen, die eine große Vergangenheit hat. Meine Damen und Herren, alle Städte sind besorgt, ihr Stadtbild zu erhalten. In der Berggasse befindet sich doch unser ehrwürdiges Stadttheater, mit dem anschließenden ehemaligen Klostergebäude. Wir sind in Steyr sehr besorgt, Kunstdenkmäler zu schützen. Die Gemeinde

wirft hier kolossale Mittel hinaus, man geht auf Kleinigkeiten, sucht irgendwelche gotische Steingewölbe zu retten, aber es geht doch nicht an - und ich glaube es ist sehr zu überlegen - einfach Gebäude niederzureißen. Es gibt ja heute noch Menschen - und die befinden sich in allen Bevölkerungsschichten - denen jeder alte Hof ein Greuel ist und die alles, was von der Vergangenheit herübergerettet wurde, mit Füßen treten wollen. Leute, die von Sanierung sprechen, aber in Wirklichkeit totale Demolierung meinen. Ich glaube, wir als Gemeinde Steyr dürfen uns in den Kreis dieser Menschen nicht einreihen. Es wäre vollkommen falsch hier etwas zu zerstören und eventuell dann etwas zu errichten und der Vergangenheit anzugleichen. Hier würde es sich ja gelinde ausgedrückt nur um einen historischen Schwindel handeln um etwas zu schaffen, das man dann erst erhalten, konservieren könnte. Ich glaube, Sie haben verstanden, was ich darunter gemeint habe.

Die Bevölkerung von Gleink ist sehr interessiert, daß der im außerordentlichen Haushalt aufscheinende Sammler F ehest errichtet wird. Es ist hier für die Planung nur ein Betrag von S 100 000, -- vorgesehen. Nachdem im Anschluß an die Infangsidlung Dutzende Siedler die Möglichkeit haben, sehr preiswerte Gründe zu erwerben um dort ihre Siedlungen zu errichten, ist es natürlich unbedingt notwendig, auch die Kanalisation durchzuführen. Ich habe bei der letzten Budgetsitzung den Vorschlag gemacht, um vielen Wünschen der Bevölkerung nachzukommen einen sogenannten Beschwerdebriefkasten zu errichten. Ich weiß nicht, hat man sich an dem Wort Beschwerde gestoßen, vielleicht wäre der Ausdruck "Wunschbriefkasten" besser gewesen. Es ist heute ein Mann, der an diesem Wunschbriefkasten sehr interessiert ist, zu mir gekommen und hat mir ein Schreiben überreicht, das ich Ihnen

nicht vorenthalten möchte, da es letztenendes sovieler Gedanken entwickelt, die wir schon in letzter Zeit besprochen haben und deren Durchführung unbedingt notwendig wäre. Darf ich Ihnen diesen Brief vorlesen:

"Es ist eine bekannte Tatsache, daß Steyr kein großzügiges städtebauliches Konzept besitzt. Der letzte sogenannte Stadtregulierungsplan datiert aus dem Jahre 1930 und ist entwicklungsmäßig längst überholt, ebenso wie er den heute geltenden gesetzlichen Vorschriften nicht mehr entspricht. Seither haben wir nur Teilbebauungspläne, die Flickwerk darstellen und keine abschließende Lösung bieten können. Kaum erlassen, werden sie auch schon eifrig abgeändert, weil es unmöglich ist, sie wirklich durchzuführen. Für weite Teile der Stadt fehlen derartige Pläne überhaupt, sodaß dort nach dem Gesetz Bausperre besteht. Aber das trifft nicht etwa, wie der Gesetzgeber es sich vorstellt, für Stadtrandgebiete oder bäuerliche Gebiete zu, nein, ganze Stadtteile mit hunderten von Häusern und tausenden von Bewohnern stehen auf Gebieten, die rechtlich eigentlich als unbebaut gelten, weil kein Bebauungsplan vorhanden ist. In solchen Fällen kann der Gemeinderat Ausnahmegenehmigungen erteilen, auf die aber niemand einen Rechtsanspruch hat, sondern die in das Belieben des Gemeinderates gestellt sind. So erleben wir das Paradoxe, daß zum Beispiel - um einen besonders krassen Fall zu erwähnen - der ganze Stadtteil Neuschönau keinen solchen Bebauungsplan besitzt, obwohl dort bereits ein ganzes Stadtviertel vorhanden ist. Wenn nun ein Grundeigentümer dort einen gemauerten Kaninchenstall oder einen Abstellschuppen aufführen will, kann er nur ein Provisorium gegen Widerruf bekommen oder aber es muß der Gemeinderat mit einer Ausnahmegenehmigung befaßt werden. Ähnlich ist die Situation auf der Hohen Ennsleite. Aber hier hat man, wohl weil die Gemeinde

bei verschiedenen Wohnungsgesellschaften selbst Bauführer ist, auf die Anwendung des Gesetzes verzichtet und gibt definitive Genehmigungen ohne Bebauungsplan. Aus dieser Situation ergibt sich eine große Rechtsunsicherheit. Die Besitzer von Grund und Boden in weiten Teilen unserer Stadt - wir sind heute in der glücklichen Lage, daß auch Angehörige der werktätigen Bevölkerung in immer größerem Ausmaß dazu zählen - haben keinerlei Rechtsanspruch auf eine bauliche Verwertung ihres Eigentums, die einzig und allein ein ordentlicher Bebauungsplan gibt. Vielmehr sind sie in jedem Falle der Ermessensentscheidung der Behörde unterworfen die, gewählt ausgedrückt, auch fallweise menschlichen Unzulänglichkeiten unterliegt. Wir dürfen daher anregen, daß man sich auf Gemeindeebene mehr mit diesem Problem befassen muß. Der Einwand, den man hier immer zu hören bekommt, daß das hiesige Bauamt zu wenig Personal hat, um derart schwierige Fragen umfassend lösen zu können, ist bestimmt richtig, entbindet aber nicht von der Notwendigkeit, daß doch etwas geschehen müsse. Wir wissen doch alle schon aus der Tagespresse, daß kaum eine Stadt in unserer Größenordnung ihr städtebauliches Plankonzept durch eigene Bedienstete ausarbeiten läßt, von unseren größeren Städten ganz geschwiegen. Auf unseren technischen Hochschulen gibt es eigene Fachabteilungen für Städtebau, die von internationalen Kapazitäten auf diesem Gebiete geführt werden und die in erster Linie dazu berufen und wirklich in der Lage dazu sind, ersprießliches zu leisten. Wir vergeben jetzt auch bereits viele Planungsaufträge an externe Personen, wobei manchmal auch nur ein Verkehrsknoten herauskommt. Warum sollten wir nicht auch einmal ein städtebauliches Konzept unserer Stadt - es handelt sich doch dabei um einen Lebensnerv - erstklassigen Fachleuten anvertrauen. Gewiß kostet es Geld,

aber diese Ausgabe wird sich verzinsen und man kann ja auch nicht sagen, daß die bisher geübte Praxis nichts gekostet hätte. Verantwortungsbewußte Gemeindevertreter müssen der Gegenwart verhaftet sein, aber stets die Zukunft im Auge haben, damit sie nicht der Vorwurf späterer Generationen trifft, sie hätten in Zeiten des wirtschaftlichen Wohlstandes es versäumt, das Antlitz unserer Stadt zu formen."

Ich habe Ihnen also diesen Wunschbrief zum Vortrag gebracht.

Das letzte Kapitel, das ich zum Vortrag bringe, erscheint mir besonders dringend, betrifft es doch eigentlich meinen eigenen Wohnbereich. Wenn wir einen Stadtplan von Steyr nehmen oder im Steyrer Kalender lesen, dann finden wir, daß die Stadt in 11 Bezirke eingeteilt ist. I) Innere Stadt, II) Steyrdorf, usw. Dies allein scheint den Eindruck zu erwecken, als handle es sich hier um einen sogenannten Nobebezirk. Wir wissen ja selbst, daß Steyrdorf seinerzeit von größter wirtschaftlicher Bedeutung war. Ich habe im vergangenen Jahr bei der Budgetberatung auf die Verhältnisse im Wehrgraben hingewiesen. Nun ist die Entwicklung auch in diesem Jahr nicht stehen geblieben. Ich habe mich der Mühe unterzogen, bei einem Rundgang durch Steyrdorf, den wir als Bezirk II bezeichnen, den Wehrgraben usw. zu besichtigen. Ich bitte, nicht böse zu sein, wenn vielleicht das Urteil und der Eindruck, den ich gewonnen habe, nicht recht günstig ausfällt. Nicht recht günstig schon deshalb, da wir doch heute bereits schon so viele Wohnbezirke und neue Viertel haben, die mit Alleen, guten Straßen, Beleuchtungen und Grünanlagen ausgestattet sind und ausgerechnet dieser Bezirk II zählt zu den Stiefkindern unserer Stadt.

Begleiten Sie mich kurz auf dem Weg. Wenn wir die Brücke überschreiten, so sehen wir die Stützmauer beim Michaelerplatz, die langsam ihrem Verfall entgegen geht, schon riesige

Löcher aufweist usw. Keiner freulicher Anblick, weder für einen Bewohner dieser Stadt, noch für einen Fremden. Ein Stück weiter und wir haben den sogenannten Gschaidenberg vor uns. Die Pflasterung ist auf der Fahrbahn ja vorhanden. Daß dort auch ein Gehsteig sein soll, ist durch die Randsteine gekennzeichnet. Ein Gehsteig ist das aber nicht, sondern eine Gehgrube. Da befindet sich nur mehr Schotter und Sand. Es wurde niemals daran gedacht, diesen Gehsteig etwa zu pflastern oder überhaupt irgendwie für die Menschen begehbar zu machen. Hier gibt es unerhörte Klagen, denn die Leute sind gezwungen, die Fahrbahn zu betreten, die sowieso sehr schmal ist. Die Stützmauer, die am Ende dieses Gschaidenberges ist, ist in derselben schlechten Verfassung, wie die Mauer am Michaelenberg.

Nun zum Wehrgraben - einem besonderen Kapitel! Von einer Straße, die einmal irgendeine Decke gehabt hat, kann man nicht sprechen. In einer Länge von 150 Schritten, gegenüber dem Kaufhaus Pilat, als Zentrum, befindet sich eine eingestürzte Stützmauer, sodaß die Straße überhaupt zur Hälfte gesperrt ist. Das ist aber keine neue Sache, meine Damen und Herren, das ist schon lange so. Soweit ich mich aber erinnern kann, wurde bereits ein Stadtsenatsbeschuß gefaßt, daß das beseitigt werden soll. Leider ist das bis heute noch nicht geschehen. Wenn man genauhinblickt, so beginnen auch schon das anschließende Geländer und die anderen Mauern in den gleichen Zustand zu verfallen, wie dies heute bei der bereits eingestürzten Stelle der Fall ist.

Der Direktionsberg weist die gleichen Mängel auf, wie der Gschaidenberg. Auch dort gibt es eine Fahrbahn und keinen ordentlichen Gehsteig, der auch dort wieder durch Randsteine angezeigt ist. Die Leute sind gezwungen, bei Regenwetter den riesigen Lachen auszuweichen und kommen dadurch auf die Fahrbahn, die doch heute

durch den Einbahnverkehr sehr stark frequentiert ist. Das ist der Eindruck, den man bei Tag hat. Wenn Sie aber dann bei Einbruch des Abends diesen Bezirk betreten, dann sind Sie wohl entsetzt. Beleuchtungskörper im Wehrgraben, in der Fabrikstraße, am Wieserfeldplatz usw., die uns an die Einführung des elektrischen Lichtes erinnern. Es sind diese berühmten Lampen, die an den Häusern befestigt sind, einen Blechschirm als Scheinwerfer haben und eine gelbstrahlende Birne, die nur die nächste Umgebung beleuchten. Fällt ein Lichtpunkt aus, so ist dort totale Verdunklung. Ich möchte sagen, daß Steyrdorf mit dem Wehrgraben der einzige Bezirk dieser Stadt ist, der nicht über einen modernen Leuchtkörper verfügt. Ich komme in alle Bezirke der Stadt, wir finden dort schon Leuchtstoffröhren usw., in Steyrdorf ist das bis heute nicht geschehen und ich denke, sollte das einmal der Fall sein, so müßte das eigentlich Anlaß zu einer besonderen Feier sein.

Zum Wieserfeld. Darüber haben wir bereits schon sehr oft gesprochen. Man wartet immer bis die Besitzer dort langsam aussterben oder vollkommen verarmt sind, sodaß sie ihre Gärten vielleicht der Stadtgemeinde anbieten. Aber wann wird das sein? Ich glaube, es wäre doch höchste Zeit, den Wieserfeldplatz, der sozusagen das Zentrum der Erholung für die Bewohner des Steyrdorfes sein soll, doch zu gestalten. Es gibt doch auch Teillösungen. Es ist heute eine Wildnis, ein wilder Parkplatz, vernachlässigt nach allen Richtungen. Begeben wir uns dann etwas nördlich, so kommen wir auf den von mir in der Budgetsitzung schon so oft erwähnten - ehemals so schönen und bei allen Fremden einen begeisterten Eindruck hervorrufenden - Weg am Dachsberg. Wir sind doch in Steyr in der glücklichen Lage wie keine andere Stadt, wir haben das Taborgelände, mit einem einzigartigen Blick über die Stadt, von der Ennsseite nach einer an-

deren Richtung und ein wunderbarer Blick vom Dachsberg. Es wurde x-mal versprochen, daß man mit den Anrainern in Verbindung treten wird, um die Renovierung des Dachsbergweges herbeizuführen. Bitte, es muß dort kein Promenadeweg entstehen, der weiß Gott wie breit ist. Aber wenn man das erhalten hätte, was seinerzeit schon da war, so wären wir wohl alle recht zufrieden. Ich verstehe es, wenn heute einer auf dem Dachsbergweg steht und den Blick hinunterwirft nach Steyrdorf, in das Eysfeld, daß er meint, muß Steyrdorf langsam absterben? Sie werden mir sagen, ja durch die ganze Entwicklung - wir haben es ja auch schon von Kollegen Moser gehört, müssen die alten Stadtbezirke natürlich entvölkert werden, weil man heute in neue Gebiete drängt, das ist verständlich.

Aber meine Damen und Herren, ist denn dieser Bezirk von so einer geringen Bedeutung, daß man nicht diese Kleinigkeiten, die ich jetzt aufgezeigt habe und die bestimmt keinen großen Kapitalaufwand erfordern, nicht durchführen kann? Die Stadt Steyr hat heute, das heißt nach der Volkszählung von 1961, eine Bewohnerzahl von 38 306 Personen, das ist gegenüber 36 749 Personen vor 10 Jahren eine Bevölkerungszunahme von 1 557 Personen. Auf zehn Jahre aufgeteilt, wohl eine sehr geringe Zunahme der Einwohnerschaft. Davon entfallen auf Steyrdorf 1961 6 668 Einwohner, gegenüber früher 7 501, also ein Verlust von 833 Personen. Noch krasser zeigt sich das in der Anzahl der Haushalte. Gegen früher 2 986, heute nur mehr 2 485, ein Verlust von 501 Haushalten, eine bedauerliche Erscheinung. Betrachten wir aber diesen Stadtteil einmal nach seiner sozialen Struktur. Denn wenn man schon glaubt, daß man das Kapital nicht investieren kann, weil es vielleicht aus irgend einem Grund nicht mehr rentabel ist, da will ich Ihnen sagen, im Wehrgraben befin-

den sich immerhin 53 selbständige Betriebe, 211 Angestellte, 1 069 Arbeiter und 493 Rentner. In Steyrdorf sind es 193 Betriebe, 497 Angestellte und 1 361 Arbeiter. Das ergibt summa summarum 3 288 Erwerbstätige, denen 1 323 Rentner gegenüberstehen. Ich glaube, daß diese Zahl der 3 288 Erwerbstätigen allein schon die Notwendigkeit zeigt, auch auf diesem Gebiete etwas durchzuführen. Noch dazu, wo doch Steyr als Industriestadt bezeichnet wird und sich dort überwiegend Arbeiter und Angestellte befinden, die in den ehemaligen Werkstätten und Hallen der Steyrer Waffenfabrik ihre Unterkunft gefunden haben. Diese 1 323 Rentner, glaube ich, sind auch zu würdigen. Es ist nicht jedermanns Sache und es hat auch nicht jeder das Glück, in einem Altersheim seinen Lebensabend zu verbringen. Es gibt eben viele Leute, die an ihrer eigenen Wohnung hängen, oder die auf Grund der Verhältnisse im Altersheim - die Bettenanzahl ist ja nicht so groß - keine Möglichkeit dort unterzukommen hätten. Bei diesen Rentnern handelt es sich ja doch hauptsächlich um ehemalige Angehörige der Steyr-Werke. Ich glaube, daß wir diesen Leuten, wenn sie schon in bescheidenen Wohnungen leben, wenigstens anständige Straßen und auch eine anständige Beleuchtung zusichern können. Hier die Aufgliederung nach der sozialen Struktur.

Wenn wir "Großsteyrdorf" nach der früheren Einteilung, wo wir nur 4 verschiedene Bezirke unterschieden haben - Innere Stadt, Steyrdorf, Ennsdorf und Münichholz - betrachten, stellen wir fest, daß von den im gesamten Stadtgebiet bestehenden 1 145 freien Berufen und gewerblichen Betrieben 387 auf Steyrdorf entfallen, dadurch steht Steyrdorf bei den großen Bezirken an 2. Stelle. Ich glaube daher, daß sowohl die Aufgliederung nach der sozialen Struktur, als auch die wirtschaftliche Bedeutung es erfordern

würden, aus den vorhandenen Budgetmitteln - ich wende mich hier besonders an unseren Herrn Finanzreferenten - auch für diesen, in letzter Zeit sehr stark vernachlässigten Bezirk, etwas abzugeben. Es würde auch im außerordentlichen Haushalt dazu noch die Möglichkeit bestehen.

Es wird das Straßenprogramm erstellt, es wird das Beleuchtungsprogramm erstellt. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, in Ihren Fraktionen dafür Sorge zu tragen, daß diese Mißstände, die ich hier aufgezeigt habe, beseitigt werden.

Nun vom wirtschaftlichen und geschäftlichen Standpunkt aus. Man sagt, es ist nichts mehr zu ändern, die Leute ziehen aus. Es ist aber unverständlich, wenn hier Verhältnisse geschaffen werden, die einfach der Entwicklung folgen müssen, daß man durch behördliche Maßnahmen die an und für sich schon etwas angespannte Situation in Steyrdorf noch verschärft. Gerade in der letzten oder vorletzten Sitzung des Stadtsenates wurden hier wieder eine Reihe von Einbahnen, Parkverboten und Halteverboten beschlossen und es ist tatsächlich so, wenn man heute nach Steyrdorf kommt - und das durchgeführt ist, was beschlossen wurde - so werden wir wahrscheinlich nur mehr leere Straßen finden. Die Autos werden nur mehr durchheilen und durchziehen. Kommen Sie einmal nach Arbeitsschluß nach Steyrdorf. Da beginnt die wilde Jagd. 7 bis 8 Omnibusse, die ihren Gestank und Krach verbreiten, dann noch die Personalfahrzeuge und dann ist es so, wie in dem bekannten Schlagert - sie kennen ihn sicher alle - dann folgt ein Krach und dann ist es still, ganz mäuschenstill. Früher als die Motorisierung nicht war, hat es fast eine Stunde gedauert, bis die Menschen, die von ihren Arbeitsstätten in ihre Wohnungen gegangen sind, durch die Stadt gezogen sind. Das ist durch die

Motorisierung vollkommen verschwunden. Ständige Parkverbote, ständige Einbahnen, erschweren die wirtschaftliche Lage aller dieser Gewerbebetriebe. Es ist vollkommen unverständlich, daß man zeitlich begrenzte Einbahnbeschränkungen auch über die Abend- und Nachtstunden erstreckt. Das bedeutet einen Schaden für die Gast- und Schankbetriebe. Es ist einmal so, daß die wirtschaftliche Verflechtung mit den Gast- und Schankbetrieben sehr innig ist. Menschen, die dorthin kommen, sich hinsetzen und dann eventuell auch die Umgebung besuchen und dort zu Einkäufen veranlaßt werden, werden von diesen Gast- und Schankbetrieben vertrieben. Es ist ja an und für sich schon eine schwierige Situation und ich glaube, es hat mit dem flüssigen Verkehr nichts zu tun, wenn man durch leere Straßen kommt und dann folgt in der Sierninger Straße eine Linkskurve 90 Grad beim Pflug hinauf, beim Steinhuber wieder eine Rechtskurve 90°, hinein in die Schubbodengasse und noch einmal 90 Grad rechts und hinunter in die Gleinkergasse.

Das Amtsblatt hat heuer den Parkplätzen eine Nummer gewidmet. Es wurde in diesem Amtsblatt verzeichnet, wo in Steyr Parkplätze vorhanden sind und für wieviele Autos diese Parkplätze reichen. Es wurde zwar im Text erwähnt, daß es in Steyrdorf auch einen Parkplatz gibt und zwar das Wieserfeld. Aber bei dem im Amtsblatt enthaltenen Plan, in dem die Parkplätze eingezeichnet waren, war von dem Parkplatz am Wieserfeld nichts zu sehen. Ich weiß es nicht, war das ein Versehen oder Absicht? Auf jeden Fall wurde das von der Geschäftswelt in Steyrdorf sehr kritisiert und es wurde die Meinung geäußert - ich sage es ganz offen - daß es sich um Absicht gehandelt hat und sie wurde auch von allen geteilt, als die neue Zufahrt in die Stadt Steyr festgelegt wurde. Der Verkehrsknoten Ennsner Straße, der

schon soviel Widerspruch erregt hat, hat gerade die Vorstadt Steyrdorf besonders enttäuscht. Man zeigt nach links, hier geht es nach Steyr. Man muß nach rechts fahren, macht eine Haarnadelkurve und dort steht "nach Klaus". Gehört Steyrdorf heute nicht mehr nach Steyr? Der Fremde, der glaubt er muß nach Steyr ist natürlich gezwungen, nach links zu fahren und vermeidet damit Steyrdorf. Was uns ein besonderer Schaden ist, ist, daß nicht nur der Personenverkehr sondern auch die Autobuslinien vollkommen abgelenkt wurden, während sie früher über den Schnallenberg hereinkamen und bei der Hechtendiele ihren Halteplatz hatten. Dieses Einzugsgebiet, welches von so großer wirtschaftlicher Bedeutung war - von Gleink und Dietach - fällt heute für Steyrdorf vollkommen weg. Man wird nach links transportiert und mitten hinein in die Stadt und so ist auch dieses Gebiet von diesen öffentlichen Verkehrsmitteln abgeschlossen. Ich bitte, meine Damen und Herren, sich in Ihren Fraktionen darüber noch auszusprechen. Der Herr Bürgermeister hat ja bereits in der Stadtsenatsitzung, in der ich das vorgebracht habe genickt und Verständnis dafür gezeigt, daß hier ein Ausweg gefunden werden muß, um es den Leuten zu ermöglichen, ihre seit Jahrzehnten gewohnten Einkaufsgeschäfte wieder aufzusuchen.

Ich habe Ihnen die Situation in Steyrdorf so geschildert, wie es war und wie es heute ist. Ich bitte um Ihr Verständnis.

Es ist meine Aufgabe, im Namen meiner Fraktion Ihnen, meine Damen und Herren, für die gute Zusammenarbeit, die auch in diesem Jahr geherrscht hat, recht herzlich zu danken.

Wir stehen vor einem Ereignis und es soll, wie es ja bei jeder Wahl immer heißt, die wichtigste und entscheidendste sein. So müssen wir doch

trachten, daß am 7. März nicht alles restlos in Scherben geschlagen wird. Es würde dann schwierig sein, wieder den richtigen Weg zu finden. Ich appelliere heute schon an alle, diesen Wahlkampf und diese Auseinandersetzungen gerade hier in Steyr, wo wir es gewohnt waren, echte Zusammenarbeit zu leisten, ohne Gehäßigkeit zu führen.

Gerade bei der feierlichen Eröffnung des Blümelhuberberges wurde von Herrn Staatssekretär Kozina und auch von Herrn Landesrat Wenzl erwähnt, daß hier in Steyr ein gutes Klima herrscht. Lassen wir uns von irgendwelchen Störversuchen, die von auswärts kommen, nicht beeinflussen, meine Damen und Herren. Letztendes ist es ja doch unsere Aufgabe, für unsere Stadt zu wirken und den Wünschen und den Sorgen unserer Einwohner gerecht zu werden.

Darf ich zum Abschluß allen, so wie ich es bisher gemacht habe, den Angestellten, den Arbeitern und Beamten des Magistrates, die ein Jahr fleißig mitgearbeitet haben, recht herzlich danken. Darf ich aber auch die besten Wünsche Ihnen Herr Bürgermeister, allen Damen und Herren des Gemeinderates und auch allen Angestellten hier im Haus übermitteln und Ihnen ein recht frohes und glückliches Neujahr wünschen. Herr Bürgermeister, ich möchte - ich habe das von Kollegen Enge gelernt, der auch immer gesagt hat ich wünsche Ihnen alles Schöne und Gute - nachdem aber nächstes Jahr ein Wahljahr ist, das natürlich einschränken auf das persönliche Wohl und auf das persönliche Glück.

Im übrigen werden wir den Vorschlag 100%ig zur Kenntnis nehmen!

Applaus (ÖVP-Fraktion)

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Herr Kollege Watztenböck bitte!

GEMEINDERAT ALFRED WATZEN- BÖCK:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich bin gar nicht so böse darüber, daß ich als vierter Redner eingeteilt wurde, ich erspare mir dadurch eine Menge Arbeit und eine Menge Ausführungen, was Sie sicher auch sehr freuen wird!

Ich will nur kurz auf diesen Vorwurf eingehen. Ich habe im Vorjahr nur meiner Verwunderung Ausdruck gegeben, daß nicht mehr die Wortmeldung hier im Saal maßgebend ist, sondern die bei der Geburtstagsfeier vorher schon arrangierte Reihenfolge. Kollege Enge hat damals gesagt, das ist eben eine kleine Anerkennung zum 60. Geburtstag des Kollegen Schachinger. Das nur so nebenbei.

Es ist wirklich so, wie der Kollege Schachinger auch gesagt hat, es ist fast alles irgendwie von irgend jemandem schon erwähnt worden.

Wenn man es so durchgeht: Parkplatz Krankenhaus wurde von meiner Fraktion erwähnt, heute von einer anderen. Apotheke wurde von der KPÖ erwähnt - im Vorjahr von Kollegen Hochmayr und so geht das dahin.

Waldrandsiedlung - Autobuslinie wurde auch von uns erwähnt und vorher schon von der KPÖ - jetzt wieder von der ÖVP, Telefon Waldrandsiedlung, Dachsbergweg, Wieserfeld, alles Anliegen, die von jeder Fraktion schon einmal vorgebracht wurden. Es bleibt mir also kaum mehr etwas anderes übrig, als das zu bekräftigen und im übrigen eine grundsätzliche Stellungnahme zu dem einen Thema abzugeben, das schon mehrmals angeklungen ist und zwar Rücklagenverzinsung ja oder nein? Der Herr Vizebürgermeister Schanovsky hat im Vorjahr erwähnt, es ist ein ganz gutes Gefühl, wenn man einige hunderttausend Schilling oder auch einige Millionen Schilling Zinsen dazubekommt für die Einlagen bzw. Rücklagen. Ich weiß

nicht, ob das jetzt noch stimmt. Wie die Geldentwicklung zur Zeit vor sich geht ist es doch so, daß die Bankzinsen kaum den Geldwertverlust decken und es praktisch beim gleichen bleibt, sodaß man wieder zu der Überlegung kommt, die auch andererseits herausgestrichen wurde, sollen die Versäumnisse, die bis 1938 vorhanden waren jetzt durchgeführt werden auf Kosten der jetzigen Generation oder soll diese Last doch verteilt werden? Ich glaube, wenn es darum geht, Probleme oder Projekte, die etwas größer sind als vielleicht dort und da ein Wartehäuschen oder ähnliches, wie Schlachthof oder Taboraufzug, der schon jahrelang behandelt wird, Schwimmhalle und wie diese Projekte alle heißen, wenn sie wirklich als notwendig und richtig anerkannt werden, kann man doch irgendwie Vorgriffe machen. Das nur zur grundsätzlichen Stellungnahme. Es ist allerdings diese ganze Sache eine Frage der Baukapazität usw. Das spielt natürlich sehr viel mit, das wissen wir.

Wir freuen uns im übrigen, daß doch eine Reihe von Wünschen, die unsere Fraktion in den vergangenen Jahren vorgebracht hat, z. B. die Aufschließung von Gewerbegründen, Neueinrichtung der Musikschule oder die Renovierung der Gehsteige in Münichholz, auch ein Wunsch unserer Fraktion im Vorjahr, und auch die Heranziehung der Steyr-Werke in irgendeiner Form zum Wohnungsbau in Erfüllung gegangen sind.

Wir haben auch im Vorjahr gewünscht, daß die Steyr-Werke und vielleicht andere Großbetriebe zum Bau von Kindergärten und Horten beitragen sollten. Es ist fast alles erwähnt worden, nur eines wurde scheinbar vergessen und zwar das Kriegerdenkmal und im Zusammenhang damit die Ausgestaltung des Brucknerplatzes. Das Thema Kriegerdenkmal ist sehr schwierig ge-

worden und soll überlegt behandelt werden, wurde im Vorjahr und im Vorvorjahr schon gesagt. Überlegt ja, aber 20 Jahre nach Kriegsende noch immer keine Klarheit über eine solche Selbstverständlichkeit zu haben, das ist etwas zuviel. Da die Situierung des Kriegerdenkmales nicht geklärt ist, wäre es doch notwendig, den Brucknerplatz zumindest vorläufig so instand zu setzen, daß dieses ansich schöne Viertel um die Stadtpfarrkirche herum ansehnlicher wird, als es zur Zeit ist.

Für die körperliche Ertüchtigung der Jugend werden im Budget nennenswerte Beträge ausgegeben und ich habe schon früher einmal erwähnt, daß dazu sehr wohl auch gehört, daß das Jugendschutzgesetz wirklich gehandhabt wird. Ich glaube, ich brauche nicht auf Einzelheiten einzugehen, denn wenn man hier in Steyr und auch in anderen Orten, die Lokale durchgeht, sieht man, daß dieses Jugendschutzgesetz sehr wenig befolgt und wenig darnach gehandelt wird.

Dann ist ein Kapitel, das vielleicht irgendwie lustig ist und zwar die Mist-Gstättm am Tabor. Ich erinnere da an den Artikel "Ohrfeigenduell auf der Mist-Gstättm." Die Regelung, die dort getroffen wurde, ist schon irgendwie lustig. Man hebt dort S 5, -- bzw. S 10, -- ein und es gibt um diese S 5, -- oder S 10, -- immer wieder Streit, nicht nur in diesem Fall, der in der Lokalpresse angeschnitten wurde. Ich bin der Ansicht, daß man eher den Leuten, die dort mit dem Mist hinkommen, etwas geben soll dafür, daß sie die Häuser reinigen und in Ordnung halten und außerdem das Loch zumachen, das sowieso zugemacht werden soll. Ich glaube, daß diese Mißstimmung, die durch die an sich kleinen Beträge, also diese S 5, -- bzw. S 10, --, entsteht, zu vermei-

den wäre, denn es sind Tatsachen - ich stehe dafür ein - daß einmal ein Zettel ausgegeben wird, ein andermal nicht. Ich kenne Fälle, wo der Zettel nicht ausgegeben wurde. In den anderen Fällen wird immer wieder gestritten - und zufällig heute wäre es fast wieder zu einer Ohrfeigenszene gekommen, auch wegen eines Mistkübelns der hinaufgebracht wurde, wegen dieser S 5, -- oder S 10, --. Ich glaube, daß man bei dem Rahmen unseres Budgets auf diesen Betrag wirklich verzichten könnte und damit die Sache sehr sehr vereinfachen und erleichtern würde.

Dann eine Anfrage, die uns zugegangen ist - ich bin nicht ganz sicher ob es stimmt. Die Pensionisten des Wirtschaftshofes sind, wie mir mehrmals mitgeteilt wurde - nicht einbezogen in die Weihnachtsgeldzuwendungen, wie sie hier beim Magistrat üblich sind. Ich weiß nicht, ob das richtig ist. Aber auf die paar Leute dürfte es auch nicht mehr ankommen. Es sind, glaube ich, nur 8 oder 10 Pensionisten.

Es ist allgemein anerkannt worden, daß für die Gefallenen dieser Stadt ein Denkmal geschaffen werden soll, um ihrer zu gedenken. Ich glaube, daß heuer auch ein anderes Gedenken angebracht wäre und zwar jährt sich zum 20. Male die Vertreibung der Sudetendeutschen, Leute die lange Zeit im österreichischen Staatsverband gelebt haben und bereits nach dem 1. verlorenen Krieg - nach dem 1. Weltkrieg - schwerste Repressalien und Mißhandlungen erleiden mußten, da sie sich zum angestammten Mutterland Österreich bekannt haben. Wir würden daher vorschlagen, daß in Steyr eine Straße oder ein Platz nach dem Ort Karlsbad oder Eger benannt werden möge. Es ist traurig, daß in Wien, wo dieser Antrag ebenfalls gestellt wurde, ausgerechnet eine ÖVP-Gemeinderätin erklärt hat, man soll zuerst einen Platz oder eine Straße nach Lidice benennen. Als wenn sie nichts

an den Herrn Finanzreferenten, das Kapitel Wohnbau noch mehr zu dotieren, als es bisher der Fall gewesen ist. Daß das wichtig ist, hat er selbst betont und er ist auch ein so guter Rechner, daß er bestimmt weiß, daß wir mit S 9 Mill. auf die Dauer das Wohnbauproblem nicht annähernd lösen können. Meiner Auffassung nach soll soviel gegeben werden, daß wir keinen weiteren Rückgang im Wohnungsbau, in der Anzahl von Wohnungen, die wir zu vergeben haben, erleiden.

Damit möchte ich meine Ausführungen abschließen. Ich möchte dem gesamten Gemeinderat, ebenso den Arbeitern, Angestellten und Beamten der Gemeinde, meine besten Glückwünsche zu den Feiertagen und ein erfolgreiches Neues Jahr sagen.

Herr Bürgermeister ich möchte noch hinzufügen, daß wir selbstverständlich dem Budget, dem ordentlichen wie auch dem außerordentlichen Haushalt unsere Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke. Die Liste der vorgezeichneten Diskussionsredner umfaßt die Kollegen Hochmayr, Schachinger und Watznböck.

Kollege Hochmayr bitte!

(Gemeinderat Heigl erscheint um 16 Uhr).

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER JOSEF HOCHMAYR:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Gestatten Sie, daß ich von der Warte des Städtebaues aus zum Budget einen Beitrag leiste. Wir haben ein Budget vor uns, von dem man wirklich sagen kann, daß es in einer Stadt erstellt wurde, in der Fleiß, Können und Aufbauwille die Heimstatt haben. Wenn wir das städtebauliche Geschehen von den Grundsätzen des modernen Städte-

baues aus betrachten, dann haben wir 3 große Gruppen zu unterscheiden.

Wohnen, Arbeiten und Erholen.

Zum Punkt Erholen. Hier sind wir noch in der glücklichen Lage und haben nicht die Sorgen, die größere Städte haben. Unsere Sorge liegt auf dem Gebiet des Wohnens und der Verbindung zu den Arbeitsstätten. Das Kapitel des Wohnens wurde bereits ausführlich auch vom Herrn Finanzreferenten besprochen. Ich glaube, daß gerade wir in Steyr derzeit in der glücklichen Lage sind, ein Wohnbauprojekt laufen zu haben, das wir den Wohnungsfreunden - mit 400 Wohnungen - verdanken. Sie wissen, die "Freunde des Wohnungseigentums" sind eine Gründung des Nationalrates Prinke, dem auch auf dem Sektor unseres Wiederaufbauvorhabens ein - ich möchte fast sagen - besonderer Dank zukommt. Ich bin der bescheidenen Meinung, auch allen jenen danken zu müssen, die die Sorge der Eigenbeschaffung einer Wohnung auf sich genommen haben.

Nun aber zurück zu den Problemen der Innenstädte. Wir wissen es, die städtebaulichen Konzepte beweisen es, daß ein wesentlicher Strukturwandel der Stadtkerne erfolgt. In den Innenstädten, in den Stadtkernen, wird das Wohnen weniger, werden die Arbeitsplätze mehr. Das heißt, wir bekommen zuzügliche Verkehrserreger, die uns mit dem Verkehrsproblem neuerlich belasten. Ende Oktober hatten wir eine Kraftfahrzeuganzahl von, ich glaube, 9 281 in Steyr Stadt und über 16 000 im Bezirk Steyr Land, einschließlich der Traktoren. Daß dadurch auch unser Verkehrsnetz entsprechend belastet wird, ist wohl eine Selbstverständlichkeit. Wir werden daher versuchen, das Problem des Verkehrs von der Warte aus zu lösen, die eine bestimmte Rangordnung vorsieht. Es ist der Fußgänger-, es ist der Privatverkehr, es ist der Berufsverkehr - mit eigenen und frem-

den Fahrzeugen - es ist der Durchgangsverkehr, der Geschäfts- und Wirtschaftsverkehr und es ist der öffentliche Verkehr, dem wir Rechnung zu tragen haben. Vorallem fällt somit auch für die Innenstädte die große Sorge der Beschaffung von Parkplätzen an. Auch für uns gilt das. Wir werden uns bemühen müssen, Parkplätze in unmittelbarer Umgebung der Innenstadt zu schaffen, denn wir wissen, daß auch dem Autofahrer von heute eine bestimmte Strecke zu Fuß zumutbar ist. Zu den Parkplätzen müssen aber entsprechende Fußgängerbereiche geschaffen werden.

Wenn ich Ihnen vielleicht zum Kapitel Verkehr noch sagen darf, daß es im heurigen Jahr möglich war, wieder 20 000 m² Straße und 4,8 km Gehsteige zu asphaltieren und daß dank des vorliegenden Budgets diese beiden Programme weiter durchgeführt werden können.

Wir finden in unserem Budget auch Voranschlagsposten für Brücken und der Herr Finanzreferent hat in seinem Referat erklärt, daß wir das Hundsrabenprojekt - eine der dringlichsten Umfahrungsstraßen - noch nicht in das Budget aufnehmen konnten, weil die Mittel dazu fehlen.

Ich möchte mir aber doch die Anregung und die Bitte erlauben, daß das eines der dringendsten Probleme bleibt. Ich darf darauf verweisen, daß uns eine Teilregelung für den Schwerverkehr kaum Entlastung bringen dürfte, daß wir dazu - ich weiß, die Bitte erscheint jetzt sehr sehr unbeschneiden - auch eine Brücke benötigen, zumal wir bemüht waren, soweit Vorbesprechungen zu führen, daß das Satoriusprojekt doch in greifbare Nähe gerückt zu sein scheint. Ein besonderes Anliegen - sicher konnten im abgelaufenen Jahr nicht alle Wünsche erfüllt werden - ist wohl auch die Regelung der Straßenführung vor dem Landeskrankenhaus, die nicht nur im Interesse der Patienten sondern auch

im Interesse der Besucher liegt, da damit die Parkplatzfrage verbunden ist.

Zur Parkplatzfrage darf ich erwähnen, daß sie nicht Angelegenheit der Stadt, sondern des Eigentümers - also des Landeskrankenhauses und somit des Landes Oberösterreich - ist. Wir können nichts anderes tun als uns auf ständige Interventionen verlassen, die dazu führen sollen, das Problem ehestmöglich in die Tat umzusetzen. Sie wissen, das Vorhaben ist deswegen noch nicht spruchreif, weil das Landeskrankenhaus weiter ausgebaut werden soll und die Auffahrten hinzu noch nicht entsprechend projektiert sind.

Es wurde in kurzen Umrissen auf das Baugeschehen hingewiesen und ich darf Herrn Kollegen Moser für seinen auch im Vorjahr gegebenen Hinweis wirklich ehrlich sagen, wir danken ihm dafür. Wir wissen aber alle, daß es heute in Steyr leider nicht möglich ist, das zu machen, was die Wiener im Montagebau aufführen, weil der Transport dieser Montageteile nur im Umkreis von 5 km rentabel ist. Wir haben aber auch von unserem sehr verehrten Finanzreferenten gehört, daß Steuerrückgänge zu verzeichnen sind und meine Meinung ist es, daß auch ein Ziegelbau eine Förderung eines Gewerbebetriebes darstellen kann. Zum fortschrittlichen Bauen darf ich aber doch ausführen, daß man speziell auf dem Hochbau-sektor zum Schüttbau übergegangen ist und das ist eine Bauweise, die sich wahrlich in die Gruppe der neueren Methoden reiht. Leider - und es ist nicht allein in Steyr so - müssen wir allgemein die Feststellung machen, daß die Bauabschnitte sich nicht verkürzen sondern verlängern. Wir hören es auch im Bauausschuß des Städtebundes, daß immer wieder darauf hingewiesen wird, eine Verkürzung der Bauzeit zu erreichen, weil dabei auch das Problem der

wußte von dem 4. März 1919, der lange vorher war, wo die Bewohner von den Tschechen zusammengeschossen wurden, weil sie sich zu Wien bekannt haben und beim österreichischen Staatsverband bleiben wollten. Nichts wußte von den hunderttausenden Deutschen, die nach dem Krieg nicht einfach erschossen, sondern auf die viehischste Weise umgebracht wurden, daß unser Denken gar nicht genügend reicht. Hunderttausende sind das. Es ist auch eine Möglichkeit in Steyr vorhanden, daß man nicht einmal einen neuen Platz oder eine neue Straße errichten müßte. Wir haben zum Beispiel in Steyr die Rooseveltstraße. Jetzt nach 20 Jahren ist es allgemein bekannt, daß gerade dieser Mann es war, der dem Krieg, selbst nach amerikanischen Berichten, nachgelaufen ist wie ein Irrsinniger, weil er eben wirtschaftlich stecken geblieben ist und dem Europa diesen Krieg eigentlich zu verdanken hat. Es ist merkwürdig, daß man nach diesen Bombenschäden usw. hier in dieser Stadt nach diesem Mann eine Straße benennt. Ohne Roosevelt wäre keine Kriegserklärung in Europa gekommen. Keine englische Kriegserklärung an Deutschland. Das war nur dieser Kriegstreiber. Ich glaube, daß man da sehr gut eine Umbenennung vornehmen könnte.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke.

Als Nächster Kollege Radinger!

STADTRAT PROF. STEPHAN RADINGER:

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich kann mich natürlich nicht zu diesen weltpolitischen Erkenntnissen meines Vorredners aufschwingen, die ich nebenbei gesagt, nicht ganz teile.

Ich möchte vielmehr die erfreuliche Tatsache feststellen, daß im wesentlichen alle Debattenredner zu dem

Budget dessen positiven Seiten in den Vordergrund gestellt haben und damit eigentlich der Sachlichkeit, der Aufrichtigkeit und dem Ernst, der darin zum Ausdruck kommt, ihren Tribut gezollt haben. Wir wissen ganz genau, daß das Budget jede Vertretung vor die verantwortungsvollste Aufgabe stellt, nämlich die Aufgabe der Verteilung und der richtigen Zuteilung der Budgetmittel, öffentlicher Gelder, und die Art und Weise, wie man diese Mittel aufbringt und wie man sie verteilt, ist glaube ich, ein charakteristischer Ausdruck der Einstellung gegenüber der Gesellschaft. Wir wissen natürlich, daß wir auf die Aufbringung der Mittel nur einen bescheidenen Einfluß haben, für ihre Verteilung tragen wir die Hauptverantwortung. So möchte ich als Sprecher meiner Fraktion ganz kurz ein paar Gedanken ausdrücken, die zum Teil aus der Budgetvorlage abzuleiten sind, andererseits aber auch, um zu einigen anderen die Gemeindearbeit im allgemeinen betreffenden Problemen Stellung zu nehmen. Wir konnten in den letzten Jahren in Steyr eine ganze Reihe von - das wurde auch von den einzelnen Rednern zum Ausdruck gebracht - bedeutenden Vorhaben durchführen, ich denke an die erfolgreiche Weiterführung des Wohnungsbaues, des Straßen- und Brückenbaues. In Kürze geht auch der Altersheimzubau und der Bau des Kindergartens im Wehrgraben seiner Vollendung entgegen. Durch diese beiden Vorhaben wird vorallem den Bevölkerungsteilen geholfen, die diese Hilfe am notwendigsten brauchen, nämlich den Familien mit Kindern und den alten Menschen unserer Stadt. Alle Vorhaben wurden und werden, das ist ja auch heute schon zum Ausdruck gekommen, durchgeführt ohne von der immerhin verlockenden Möglichkeit des Schuldenmachens Gebrauch zu machen. Es ist dies ein fester Grundsatz, den unser Finanzreferent immer - die gan-

zen Jahre her - hochgehalten hat und zu dem ihm auch der Gemeinderat immer wieder seine Zustimmung gegeben hat, eine Belastung der kommenden Generation nach Möglichkeit zu vermeiden, weil auch diese kommende Generation ihre Probleme zu lösen haben wird. Denn wir selbst wissen nur zu gut, was es heißt, die aus einer verfehlten Wirtschaftspolitik in der Vergangenheit resultierenden Versäumnisse und die Behebung der Schäden eines furchtbaren Krieges gemeinsam mit den Aufgaben zu lösen, die uns die Gegenwart stellt. Wir müssen daher, das ist unsere Ansicht, solange es irgendwie möglich ist, uns bemühen, die zu lösenden Aufgaben mit den Mitteln durchzuführen, die auf der Einnahmenseite stehen, auf die wir, wie gesagt, nur einen relativ bescheiden Einfluß haben. Wir sind uns vollkommen darüber im klaren, daß es noch eine Reihe von Vorhaben gäbe und gibt, die wert wären, durchgeführt zu werden, zu deren Durchführung wir aber momentan aus finanziellen Gründen nicht in der Lage sind.

Wir wissen, daß - das möchte ich hervorheben, weil auch das Wohnungsproblem natürlich in dieser Budgetsitzung eine große Rolle spielt - trotz der großen Anstrengungen, die gerade hier in Steyr auf diesem Gebiet gemacht wurden, es in unserer Stadt noch viele Menschen gibt, die nicht die Wohnung haben, die sie brauchen und die sie verdienen. Es ist aber sehr erfreulich, daß es nicht an Initiative und Zusammenarbeit gefehlt hat, um gerade dem Wohnungsbau in den nächsten Jahren einen entscheidenden Auftrieb zu geben, sodaß zu hoffen ist, daß auch die Menschen, die noch immer auf eine Wohnung warten, schließlich doch auch zu ihrem Recht, zur Erfüllung ihres sehnlichsten Wunsches, kommen werden.

Ein Problem, das uns in den nächsten Jahren immer wieder und immer dringender beschäftigen wird, ist

der Schulbau, der Bau von Klassenzimmern. Auch darüber wurde schon gesprochen. Die ärgsten Sorgen auf diesem Gebiet werden wir erst dann hinter uns haben, wenn der Neubau der Schule auf dem Tabor beendet sein wird. Wir werden uns inzwischen - das steht fest - mit einer Reihe von Provisorien abhelfen müssen, die alles andere als angenehm sind. Wir wissen, daß der Stadtteil Ennsleite dringend eine Erweiterung des Schulbaues braucht und wir freuen uns, daß es möglich war, für dieses Vorhaben Mittel im Budget unterzubringen. Wir wissen aber auch, daß einige Schulen mit Turnsälen ausgestattet werden müssen. Ich denke hier vor allem an die Schule Plenkberg, die darauf wartet und wir hoffen, daß die Planung, die ja im Budget vorgesehen ist, in weiterer Folge Früchte tragen wird. In Oberösterreich fehlen, heißt es, wenn ich mich nicht irre, ungefähr 1 200 Schulklassen. Die Stadt Steyr hat an diesem Defizit ihren Anteil, nicht einmal ihren aliquoten Anteil. Noch dazu - das ist auch vom Finanzreferenten betont worden - dürfen wir nicht vergessen, daß ungefähr 10 Klassen von Schülern besucht werden, die von auswärts kommen. Außerdem dürfen wir nicht vergessen, daß die Stadt auf dem Schulsektor Aufgaben erfüllt, die an und für sich dem Bund zu kommen, die aber der Stadt verbleiben, wenn sie im Interesse ihrer Bevölkerung Abhilfe schaffen will. Ich glaube, wenn man diese Tatsachen berücksichtigt, so schaut diese Schulgeschichte etwas anders aus. Das Problem der Schulen ist auch nicht nur ein rein räumliches, es ist vielmehr ein regionales, das hervorgerufen wird durch den Wohnungsbau der Gemeinde, der sich hauptsächlich in den Gebieten Tabor und Ennsleite auswirkt und der sich nicht immer - das ist klar - gerade nach den Gesichtspunkten der Schule ausrichten läßt. Auch die Veränderung der Alters- und Bevölkerungsstruktur spielt hier eine

große Rolle und der Herr Bürgermeister hat ja auch in der letzten Stadt-senatssitzung erwähnt, daß zwischen 1961 und 1964 die Schülerzahl in Steyr, wenn ich mich nicht irre, um 700 zugenommen hat. Das allein ist schon eine horrende Ziffer, die aufweist, mit welchen Schwierigkeiten wir hier rechnen müssen. Wir vermissen daher, das müssen wir sagen, eine großzügige Kreditaktion des Bundes bzw. des Landes, um auch die Gemeinden in die Lage zu versetzen, auf dem Schulbau-sektor ein Programm zu erstellen, um hier wirklich planmäßig vorzugehen. Wir werden also auf diesem Gebiet, das sehen wir ein, gewisse Schwierigkeiten haben, solche Schwierigkeiten, wie sie überall momentan bestehen, die vor allem auch hervorgerufen werden durch die Lasten, die das neue Schulgesetz gerade den Gemeinden aufbürdet.

Ein Kapitel, das auch in den nächsten Jahren unsere volle Aufmerksamkeit beanspruchen wird, ist das Verkehrsproblem. Wir freuen uns, daß es im vergangenen Jahr gelungen ist, den Arbeiterberg und den Michael-Vogl-Berg auszubauen, wodurch für den Stadtteil Ennsleite doch eine wesentliche Verbesserung der Verkehrs-verhältnisse geschaffen wurde. Für das Baulos Blümelhuberstraße, das ebenfalls fertiggestellt wurde - das wurde schon erwähnt - hat die Stadt einen erklecklichen Zuschuß geleistet, um die für den innerstädtischen Ver-kehr notwendige Breite, um die Her-stellung von Gehsteigen, Beleuchtung, Kanalisierung usw. zu ermöglichen. Wir hoffen, daß es in Zusammenar-beit mit Bund und Land möglich sein wird, in Kürze auch den Südast dieser Umfahungsstraße folgen zu lassen. Wir wollen aber auch immer wieder darauf verweisen, daß es notwendig ist, einen leistungsfähigen Zubringer zur Autobahn nach Wien für Steyr zu erstellen, damit diese Stadt aus der jahrzehntelangen verkehrsmäßigen Iso-

lierung endlich einmal herausgelöst wird. Der moderne Verkehr - man kann sagen - die explosionsartige Zu-nahme der Motorisierung, stellt uns immer wieder vor die Aufgabe, die Straßen von gestern, die jahrhunder-telang fast unverändert ihre Funktion erfüllt haben, mit den Mitteln von heu-te zu den Verkehrsadern von morgen auszubauen. Leider stehen diesen Vor-haben eine Reihe von Schwierigkeiten entgegen. Neben den horrenden Grund-ablöseansinnen - ich glaube in diesem Zusammenhang ist der Ausdruck hor-rend vielleicht am Platz - gibt es in Steyr noch 2 besondere Schwierig-keiten, das sind die Geländeschwierig-keiten - hervorgerufen durch die Hö-henunterschiede - und auf der anderen Seite natürlich der mittelalterliche Stadtkern mit seinen denkmalgeschütz-ten und denkmalwürdigen Bauten, deren Erhaltung uns allen am Herzen lie-gen muß und der natürlich Rücksicht-nahme auf das historische Stadtbild erfordert und damit sehr kostspielige Umfahrungen notwendig macht. Hier muß in diesem Zusammenhang auch am Rande bemerkt werden, daß in der Pflege des historischen Stadtbildes in der letzten Zeit manche rühmens-werte Initiative und Leistung auch von privater Seite gekommen ist. Einige Steyrer, die historisch wertvolle Häu-ser besitzen, haben bewiesen, daß solche Häuser, auch wenn sie stil-gerecht erneuert werden, die Funktion ausüben können, die die heutige Zeit von ihnen verlangt. Es bleibt freilich auf diesem Gebiet manches zu wün-schen übrig. So sehen wir zum Bei-spiel nicht ein, daß in einer Stadt, in der jeder jedes Geschäft am Stadt-platz kennt, es notwendig ist, zu ei-ner besonderen Werbewirkung über-dimensionale Geschäftsschilder anzu-bringen, die die Häuserfronten verun-zieren.

Die Bewohner des Taborgebietes werden sehr erfreut sein, wenn sie hören, daß nun doch aller Voraussicht

nach mit dem Bau des Taboraufzuges begonnen werden soll. Dieser Aufzug wird nicht nur für alte Leute, sondern besonders auch für Mütter mit Kinderwagen und Kleinkindern eine große Erleichterung bedeuten, denn in den Verkehrsschluchten des Steyrdorfes - auch ich muß wieder auf Steyrdorf kommen - in denen der Fußgänger nur mit größter Mühe sich vor einer Zermalmung durch Autos und Lastautos retten kann, wird dieser Aufzug - denke ich - schon eine Errungenschaft sein, die von allen begrüßt werden wird.

Es ist ja heute schon gesagt worden, daß es ziemlich lange gedauert hat, bis an ein solches Vorhaben endlich herangegangen wurde, es ist auch in diesem Zusammenhang das Hallenbad erwähnt worden und ich möchte sagen, man möge doch auf der anderen Seite bedenken, daß eine verantwortungsbewußte Gemeindevertretung sich eben keine kostspieligen Experimente leisten kann und daß gerade solche Vorhaben sehr gründlich überdacht werden müssen.

Es ist sehr erfreulich, daß auch im kommenden Jahr dem Ausbau der Wasserversorgung wieder besondere Bedeutung zugemessen wird und daß die Ableitung der Abwässer durch den Bau eines Sammlers und einer Kläranlage in Angriff genommen wird. Denn gerade diese Leistungen werden meistens entweder übersehen oder für selbstverständlich gehalten und viel zu wenig gewürdigt, obwohl gerade sie zur Gesunderhaltung und zum Wohlbefinden der Bevölkerung sehr wesentlich beitragen.

Es ist auch auf dem kulturellen Sektor einiges geschehen und wie schon erwähnt, freuen wir uns auf die Fertigstellung der neuen Musikschule. Daß diese Musikschule sich immer größerer Beliebtheit, eines immer größeren Zustromes erfreut und daß sie auf ihre Leistungen mit Recht stolz sein kann, konnten wir bei einem kürzlich abgehal-

tenen Konzert feststellen. Diese Musikschule ist auf der anderen Seite auch ein Beweis dafür, daß man für gewisse Vorhaben die richtige Zeit abwarten muß. Es hat sich gezeigt, daß wir gut daran getan haben, seinerzeit keine kostspieligen Investitionen und Adaptierungen irgendwelcher Art in dem alten Gebäude vorzunehmen, denn sie hätten auf keinen Fall zu einer auch nur annähernd tragbaren Lösung geführt. Wenn von kulturellen Dingen die Rede ist, so meine ich, sollte hier einmal auch aller jener Vereine und Privatpersonen in Dankbarkeit gedacht werden, die durch ihr Können, durch ihren Fleiß und Idealismus wesentlich dazu beitragen, daß das Kulturleben in dieser Stadt sich so bunt und erfolgreich gestaltet.

Ein Problem, zu dessen Lösung sich Kulturreferat und Fürsorgereferat in der nächsten Zeit vereinen müssen, glauben wir, ist das der Betreuung der alten Menschen. Wir glauben, daß wir uns in den nächsten Jahren doch bemühen müßten, eine unseren Verhältnissen entsprechende Lösung zu finden, um der Tatsache Rechnung zu tragen, daß auf Grund des immerhin besseren Lebensstandards, der besseren Betreuung durch Ärzte und Medizin, immer mehr Menschen immer älter werden, aber auf der anderen Seite gerade diese Menschen in unserer hektischen Zeit von einer gewissen Vereinsamung bedroht sind.

Die Gemeinde hat, das soll nicht unerwähnt bleiben, schließlich auch den Studierenden wieder einmal ihre Hand hingestreckt, wie schon immer, und hat durch die Beistellung von 30 Heimplätzen in Wien wesentlich zur Linderung der Wohnungsnot der Studenten beigetragen.

Es wurden hier eine Reihe von Vorhaben angeführt, die wir absolut für durchführens-wert halten, ich meine wir als Fraktion. Ich bin überzeugt, daß alle ernst zu nehmenden Anregungen auch in unserer Fraktion regi-

striert werden und in die sachlichen Überlegungen künftiger Beratungen einbezogen werden.

Nun zu etwas anderem. Es ist von Herrn Stadtrat Schachinger das gute Klima in der Gemeinde hervorgehoben worden und wir bestätigen das auch. Wir freuen uns auch darüber. Es hat allerdings in der letzten Zeit nicht an Versuchen gefehlt, dieses gute Klima zu stören. Unsere Stadt erhält mit Beginn des kommenden Jahres ein neues Statut. In einer Stadt mit jahrhundertalten Privilegien, mit einer Tradition, wie sie kaum ihresgleichen hat, ist es verständlich, daß eine solche Veränderung mit einer gewissen Empfindlichkeit und Empfindsamkeit aufgenommen wird. Dieses Statut, das also am 1. Jänner in Kraft tritt, besonders aber die in dem Entwurf vorgesehenen Höchstbezüge der Gemeindefunktionäre, waren der Gegenstand heftigster Aufwallungen. Eine Zeitung hat damit ihre Auflage um einige tausend erhöhen können und von anderer Seite wurde versucht, politisches Kapital daraus zu schlagen. Man hat den Eindruck erweckt, als ob alle Stadträte mit gierigen Augen nur nach den Höchstbezügen gestiert hätten und alle anderen wichtigen Paragraphen und Seiten dieser Vorlage übersehen hätten. Ich darf sagen, daß wir in unserem Kreis - ich nehme an, daß das auch anderswo der Fall gewesen sein wird - uns sehr intensiv mit dieser Vorlage beschäftigt haben, sie studiert und diskutiert haben und daß eine Reihe von Änderungsvorschlägen, die von uns gekommen sind, auch in der letzten endgültigen Fassung ihren Niederschlag gefunden haben. Ich möchte aber ausdrücklich feststellen, daß es allen Kollegen von vornherein klar war, daß die Höchstbezüge, die in diesem Vorentwurf angedeutet waren, aus einer Reihe von Gründen für Steyrer Stadträte nicht in Frage kämen. Dieser Standpunkt wurde auch eindeutig bei den zuständigen Stellen des Landes

deponiert. Absprachen zwischen den Fraktionen im gegenteiligen Sinn wären leicht zu entlarven gewesen und letzten Endes wäre es auch nicht möglich gewesen, diese Höchstbezüge heimlich auszuschöpfen, weil ja das Statut selbst die Veröffentlichung der Bezüge der Gemeindefunktionäre zwingend vorschreibt. Wir fragen uns also wirklich, warum das viele Geifern? Warum auf der einen Seite den Eindruck erwecken, als ob in den Stadträten eine neue Klasse entstanden wäre - ich verwende hier einen Titel, der sicher einigen Herren bekannt ist, von einem Roman eines jugoslawischen Autors. Im übrigen möchte ich noch etwas hinzufügen. Der Entwurf des Statutes war allen Mitgliedern des Gemeinderates rechtzeitig zugegangen und jedes Mitglied des Gemeinderates hätte die Möglichkeit dazu gehabt und hätte sogar davon Gebrauch machen müssen, schriftlich oder mündlich dagegen Protest einzulegen, wenn es der Überzeugung gewesen wäre, daß hier Gefahr im Verzug sei. Allerdings hätte man von dieser Möglichkeit Gebrauch machen müssen, bevor dieses Statut im Landtag beschlossen wurde. Eine Zeitung hat dann in einem mißglückten Rückzugsmanöver versucht darzulegen, man mißtraue ja nicht den gegenwärtigen Mandataren, aber es könnten in Zukunft einmal Mandatare kommen, die Mißbrauch treiben könnten mit den öffentlichen Geldern. Wenn sie das tut, so muß ich sagen, sie tut das vollkommen zu unrecht. Sie drückt hier ein Mißtrauen gegen die junge Generation aus, das absolut grundlos ausgesprochen wurde. Im übrigen möchte ich abschließend dazu sagen, auf welches Niveau sich diese Zeitung mit ihrer Hetze gegen die Gemeinde begeben hat, das werden die Verantwortlichen - nehme ich an - mittlerweile schon daran erkannt haben, daß diese von einem unverständlichen Haß zeigenden Ergüsse auch von den Mandataren der

ihr nahestehenden Fraktion mit Verachtung abgelehnt wurden.

Es wird, davon sind wir überzeugt, möglich sein, in dem Statut Mängel nachzuweisen. In einer Zeit, in der große Staaten Teile ihrer Souveränität zugunsten größerer Gemeinschaften abtreten, können nicht ausgerechnet die kleinsten Gemeinschaften ein Mehr an Rechten und Freiheiten für sich in Anspruch nehmen. Die Zeit der Stadtstaaten, die im alten Griechenland ihre wunderbare kulturelle Blüte entfaltet haben, aber auch die Zeit der mächtigen, mit Sonderprivilegien ausgestatteten Städte - deren Glanz vom Mittelalter herein bis in unsere Zeit reicht - die ist vorbei. Im übrigen werden wir, wenn wir in den Annalen unserer Stadt blättern, feststellen können, daß auch unsere Vorfahren im Mittelalter bereits nicht immer derselben Meinung waren mit den Landesherren über die Kompetenzen, die ihnen oder anderen zustanden. Eines ist jedenfalls sicher, daß die Freiheit der kleineren Gemeinschaft dort aufhört, wo sie beginnt, die Sphäre der größeren zu beschneiden und umgekehrt. Wir bejahen dieses Statut, möchten aber auch klar und deutlich zum Ausdruck bringen, daß man in den übergeordneten Körperschaften die Stimme der Städte mehr und genauer hören sollte, denn wenn die Demokratie, der Baum der Demokratie, wenn ich den Vergleich bringen darf, wachsen soll, dann ist es notwendig, daß die Wurzeln gesund und kräftig sind.

Noch etwas anderes wird bezüglich der Gemeindearbeit immer wieder kritisiert: Daß der Gemeinderat, in diesem Fall meine ich die Vollversammlung aller Gemeinderäte, wie sie hier momentan versammelt sind, zu wenig diskutiere, daß zu wenig gegensätzliche Meinungen im Plenum aufeinanderprallen, daß die Anträge meist ohne weitschweifige Stellungnahme polemischer Natur angenommen werden. Auch hier ist es so, daß manchmal

direkt ein Aufatmen durch manche Zeitungen geht, wenn es im Steyrer Gemeinderat einmal zu einem Zusammenstoß kommt. Ich meine Zusammenstoß natürlich im übertragenen Sinn. Es ist schon des öfteren dargelegt worden - ich möchte es noch einmal betonen - daß die meisten Anträge, die in den Gemeinderat kommen, doch vorher in den Ausschüssen und Fraktionen eingehend beraten und diskutiert wurden und auch unter Einbeziehung von Expertengutachten behandelt wurden. Daß diese Gutachten, diese Meinungen, diese Abänderungsvorschläge in den Anträgen, die in den Gemeinderat kommen, bereits mit verarbeitet sind. Und alle im Gemeinderat vertretenen Fraktionen haben doch auch Sitz und Stimme in den Ausschüssen. Sogar die kleinste Fraktion hat hier Sitz und Stimme, so undemokratisch, so diktatorisch ist die sozialistische Mehrheitsfraktion. Es ist doch so, daß der Großteil der Arbeit sich in den Fraktionen und in den Ausschüssen abspielt, in denen eine sehr ernste, sehr gewissenhafte, sachliche Arbeit geleistet wird. Gerade in den größeren Fraktionen ist natürlich die Arbeit besonders umfangreich, weil die Vielfalt der vorgebrachten Meinungen, Stellungnahmen und Äußerungen ein besonderes Eingehen erfordert. Sicherlich, das Beraten und Diskutieren vor den Augen der Öffentlichkeit spornt zu Höchstleistungen an, das steht fest. Auf der anderen Seite aber verleitet es auch nur zu leicht dazu, aus Opportunitätsgründen Stellungnahmen und Formulierungen nach äußeren Effekten abzustimmen und billigen Augenblickserfolgen zuliebe bessere aber weniger populäre Lösungen abzulehnen. Aber auch bei der in Steyr üblichen Art der Behandlung der Probleme fehlt keineswegs die Kontrolle, sie wird jeweils durch die anderen Fraktionen durchgeführt, die ganz genau und eifersüchtig darüber wachen, daß alles

seinen geordneten Gang geht. Ich möchte, weil in der letzten Gemeinderatssitzung hier Vorwürfe erhoben und Zahlen genannt wurden, die die Mehrheit der anwesenden Gemeinderatsmitglieder auf keinen Fall billigen wird, noch etwas sagen zur Inanspruchnahme von Stadträten.

Ein Stadtrat, der sein Referat ernst nimmt - hier sind Leute im Stadtrat, die ihr Referat ernst nehmen - wird kaum mit 2 Stunden Arbeitszeit pro Monat, wie letzthin gesagt wurde, sein Auslangen finden können. Es sitzen hier in diesem Kreis Funktionäre, die ihre Berufspflichten aufs genaueste erfüllen und die darüberhinaus fast ihre ganze Freizeit der Gemeindegemeinschaft widmen. Ich glaube, das sollte nicht vergessen werden und es muß daher sehr befremden, wenn man neben der geistigen Regsamkeit der Gemeinderatsmitglieder auch noch den Fleiß dieser Menschen in Zweifel stellt, wie es letzthin geschehen ist. Es taucht die Frage auf, wenn ein Gemeinderat einen Stadtrat mit 2 Stunden Arbeit pro Monat einstuft, wieviel Arbeitszeit er sich dann selbst als Gemeinderat zuschreibt? Allerdings müßte man dabei in Rechnung stellen, daß die Arbeit einer 1-Mann-Fraktion, das Selbstgespräch, natürlich weniger Zeit in Anspruch nimmt. Es ist bedauerlich, daß ein Mandatar, der schon so lange Zeit der Gemeindevertretung angehört und hier die Arbeit doch genau kennen muß und die Leistungen, die zu erbringen sind, sich in einer seltsamen Verbrüderung mit einer Zeitung findet, die ihm gar nicht nahe steht, in einer Haltung, die man beinahe als Rufmord bezeichnen könnte. Wir müssen vor einer solchen destruktiven Kritik eindringlich warnen. Sie beginnt damit, daß man das Parlament als Abstimmungsmaschine hinstellt und daß man hinter vorgehaltener Hand unqualifizierbare Witze über das Staatsoberhaupt erzählt und endet damit, daß man eine Gemeinde-

vertretung, deren Mandatare sich mit der kleinsten Vergütung von Oberösterreich begnügen, daß man diese Leute als gedankenarme, bequeme Schlemmer an der kommunalen Futterkrippe hinstellt. Mit einer solchen Hetze glaube ich - und man kann das nur als Hetze bezeichnen - müßte wirklich Schluß gemacht werden. Es ist kaum vorstellbar, welchen Eindruck das auf unsere Jugend macht, von der wir immer demokratische Haltung und Gesinnung verlangen und es wäre sehr bedauerlich, wenn die jungen Menschen durch solche Methoden dorthin getrieben werden, wo sie schon einmal waren, zum Extremismus. Man sollte also bei aller Kritik, die selbstverständlich jedem zusteht, auch der Presse zusteht - ja sogar einer ihrer größten Aufgaben ist - immer daran denken, daß man bei allen Kombinationen der Phantasie gewisse Zügel anlegen und eine gewisse Mäßigung an den Tag legen sollte. Wir könnten darauf hinweisen, daß schon so manches große Vorhaben in dieser Stadt seinen Ursprung und Ausgangspunkt in der Initiative der Funktionäre gefunden hat und auch seine Durchführung der Tatkraft, der Ausdauer und dem ständigen Nachdruck der Funktionäre verdankt.

Nun noch etwas anderes. Es wurde in der letzten Gemeinderatssitzung die demokratische Gesinnung der Mehrheitspartei in Zweifel gestellt. Wir hören solche Töne auch manchmal in gewissen Zeitungen. Darf ich auf eines hinweisen. Als heuer im Frühjahr die beiden Kandidaten für das höchste Amt, das das österreichische Volk zu vergeben hat, auch Steyr Besuche abstatteten, da hat die sozialistische Fraktion keinen Augenblick gezögert, auch den Kandidaten der gegnerischen Fraktion mit derselben Referenz im Rathaus zu empfangen wie den Kandidaten der eigenen Partei. Ich möchte das als ein Beispiel dafür hinstellen, mit wie wenig

Berechtigung die demokratische Gesinnung der Mehrheitsfraktion angezweifelt wird. Wir sind und waren immer bestrebt, bei allen Beschlüssen, soweit es möglich ist, Rücksicht zu nehmen auch auf die anderen Fraktionen. Davon legt schon die Tatsache allein ein unwiderlegliches Zeugnis ab, daß ein Großteil der Beschlüsse sowohl im Stadtsenat als auch im Gemeinderat einstimmig gefaßt wurden.

Darf ich abschließend folgendes sagen:

Wir haben, glaube ich, im vergangenen Jahr keine schlechte Arbeit geleistet, wir werden bemüht sein, auch im kommenden Jahr der Bevölkerung von Steyr zu dienen. Wir wissen, daß die Lösung aller noch vor uns liegender Vorhaben und Probleme von einer Reihe von Voraussetzungen abhängt. Eine davon, die wichtigste, scheint uns die wirtschaftliche Lage unseres Staates zu sein und die wiederum ist in großem Maße abhängig von der echten Zusammenarbeit der positiven Kräfte in diesem Staat.

Wir möchten allen Bewohnern unserer Stadt, die durch ihre Arbeitsleistung in den Betrieben, durch ihren Fleiß, aber auch durch ihren Unternehmungsgeist uns erst die notwendigen Mittel in die Hand geben zur Durchführung unserer Aufgaben hier unseren Dank aussprechen.

Wir möchten aber auch den Arbeitern und Angestellten und den Beamten dieses Hauses danken für ihre immer wieder bewiesene Leistung und ihren Leistungswillen. Es ist selbstverständlich - ich glaube, ich brauche das nicht mehr betonen - daß wir Sozialisten dem Budget unsere Zustimmung geben.

Wir wünschen allen Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates ein frohes Weihnachtsfest, im besonderen dem Herrn Bürgermeister und den Herren Vizebürgermeistern, und ein erfolgreiches Neues Jahr im Dienste unserer Gemeinschaft.

Allgemeiner Applaus!

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke.

Die Diskussionsrednerliste umfaßt 4 Herren. Ich darf Kollegen Besendorfer und dann Kollegen Schmidberger bitten.

STADTRAT ALOIS BESENDORFER: Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich fühle mich verpflichtet, da Kollege Moser in seinem Vortrag einige Dinge behauptet hat, die nicht richtig sind, hier eine Aufklärung zu geben. Ich glaube, wir sind das auch jenen Firmen schuldig, die sich dadurch betroffen fühlen könnten. Bei seinen Ausführungen hat Kollege Moser gesagt, wir mögen bei der Vergabe von Arbeiten etwas mehr acht darauf geben, daß kleine, nicht leistungsfähige Firmen nicht bedacht werden. Ich möchte hier sagen, daß es gerade die kleineren Firmen sind, die genau den Termin einhalten und eine saubere Arbeit liefern. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß es die kleineren Firmen sind, die am wenigsten mit ihren Terminen im Verzug sind.

Ich möchte Gemeinderat Moser bitten, mir nach der Sitzung einen Termin zu sagen, damit wir dann gemeinsam in die Liegenschaftsverwaltung gehen können, um seine Ansicht zu widerlegen, daß das Rasenmähen unseren Mietern zweimal verrechnet wird. Ich konnte mich in der Zwischenzeit davon überzeugen, daß diese Arbeiten ordnungsgemäß nur einmal verrechnet werden. Es wäre uns jedoch eine große Sorge abgenommen, würden sich die Mieter bereiterklären, selbst diese Arbeit zu übernehmen.

Nun zu einer anderen Sache. Zum KZ-Denkmal, das in das Ressort der Liegenschaftsverwaltung fällt, das mir auch untersteht, möch-

te ich folgendes sagen. Kollege Moser muß auch hier nicht richtig informiert gewesen sein. Die Liegenschaftsverwaltung hat schon seit Jahren die Verpflichtung übernommen, jährlich dreimal die beiden Mahnmaile, und zwar eines in der Ahrerstraße und eines oben am Friedhof, mit Blumen zu besetzen und zu betreuen. Mir wurde von der Stadtgärtnerei bestätigt, daß so wie jedes Jahr auch heuer dreimal die Anlage betreut wurde. Der Mangel, der aufgezeigt wurde, bezüglich des Abfallhaufens wird überprüft. Das kann ich momentan nicht beantworten.

Ich darf allen Kollegen, die bei ihren Ausführungen die Wohnungssorge in den Vordergrund gestellt haben, danken. Ich darf daraus entnehmen, daß trotz aller Wünsche, die Sie zum Budget vorgetragen haben, als Nummer eins der Wohnungsbau im Vordergrund steht. Es hat hier einige optimistische Äußerungen gegeben, die zum Ausdruck gebracht haben, daß durch die großen Bauvorhaben, die uns bekannt sind - wie Wiederaufbau Ennsleite, Projekt Steyr-Werke und zählen wir auch noch die 400 Eigentumswohnungen dazu, die von der Firma Zwettler errichtet werden, so kommen wir auf eine Zahl von 1 000 Wohnungen, die in den nächsten 5 Jahren in Steyr gebaut werden - die Sorgen geringer werden. Darf ich Ihnen dazu einige Zahlen sagen. In den letzten 4 Jahren - das ist ein Durchschnitt - wurden jährlich mehr als 600 neue Ansuchen gestellt. Mit 30. 11. 1965 hatten wir 2 215 Wohnungssuchende. Diese Zahl hat sich bis zum 11. 12. 1965 um weitere 175 erhöht, sodaß wir derzeit 2 390 Wohnungsansuchen liegen haben. Nehmen wir dazu noch an, daß jährlich, wie in den letzten 4 Jahren, 600 neue Ansuchen dazukommen, so sind das in den nächsten 5 Jahren zusätzlich 3 000 Ansuchen zu den bereits vorhandenen 2 390. Wenn wir den insgesamt 5 390 Wohnungssuchenden die bereits erwähnten 1 000 Wohnungen gegenüberstellen, dann müssen wir feststellen,

daß uns die Wohnungssorge nach wie vor erhalten bleibt und daß wir alle Anstrengungen unternehmen müssen, um dieser Sorge Herr zu werden.

Abschließend möchte ich persönlich das Ersuchen an alle richten, die die Möglichkeit haben, mit politischen Vertretern zu reden, daß sie uns mit-helfen werden müssen, dieses Problem zu meistern. Mit Neubauwohnungen allein werden wir es nicht schaffen können. Es müßten uns vom Gesetzgeber Handhaben gegeben werden, damit wir auch Wohnungen besetzen können, die leer stehen. Wir haben trotz der großen Wohnungsnot in Steyr noch viele leerstehende Wohnungen, über die wir, da keine entsprechenden Gesetze bestehen, nicht verfügen können. Nur durch die Bautätigkeit der Gemeinde und ein brauchbares Wohnungsgesetz werden wir dieses Problem in den nächsten Jahren lösen können.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:
Danke.

Kollege Schmidberger bitte!

GEMEINDERAT FRANZ SCHMIDBERGER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte dem vorliegenden Voranschlag meine Zustimmung geben, mit Ausnahme des Polizeikostenbeitrages.

Allgemein möchte ich dazu noch sagen, daß auch ich hinter all den Wünschen, die heute bereits ausgesprochen wurden und die die arbeitende Bevölkerung der Stadt Steyr betreffen, voll und ganz stehe. Ich sehe auch eine Möglichkeit, daß eine Reihe dieser Wünsche, die heute zum Ausdruck gebracht worden sind und die ich auch seit Jahren zum Ausdruck gebracht habe, eine Erfüllung finden könnten, trotzdem dafür im Voranschlag keine Mittel vorgesehen sind. Unser Finanzreferent hat uns ja heute

bestätigt, daß eine Reihe von Vorhaben, die vergangenes Jahr und vor 2 Jahren hier im Gemeinderat von den Sprechern der verschiedenen Fraktionen beantragt wurden, durchgeführt werden konnten.

So hoffe ich auch, daß die Wünsche, die heute vorgebracht wurden, bei denen es sich ja nicht um Wünsche einer einzelnen Person, sondern - ich möchte sagen - um Anliegen aller Gemeinderäte unserer Stadt handelt, berücksichtigt werden und daß auch der vorliegende Voranschlag wieder Möglichkeiten bieten wird, einige dieser Wünsche zu erfüllen.

Abschließend wünsche ich den Arbeitern und Angestellten des Magistrates sowie dem gesamten Gemeinderat, dem Herrn Bürgermeister und den Herren Vizebürgermeistern, ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in das Neue Jahr.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke.

Kollege Gherbetz bitte!

STADTRAT KARL GHERBETZ:
Verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich verspreche Ihnen, ich mache es kurz.

Eingehend auf die Ausführungen des Herrn Finanzreferenten können wir sagen, wir haben ja bereits alles miterlebt im Finanz- und Rechtsausschuß und sind den Voranschlag durchgegangen.

Wir sehen aus dem Voranschlag, daß der Herr Finanzreferent etwas vorsichtiger geworden ist, da rückläufige Einnahmen zu verzeichnen sind. Es ist natürlich immer sehr schwer, die Wünsche der einzelnen Fraktionen, die nicht gerade klein sind, so auch die unseren, zu erfüllen.

Ich möchte nur mehr auf einzelne Punkte eingehen, denn alle anderen haben mir die anderen Frak-

tionsredner bereits weggenommen. Ich möchte aber auch einige kleine Berichtigungen machen.

Zur Gruppe 1, öffentliche Ordnung. Hier ist es endlich geglückt, die Sicherheit der Fußgänger in gelenkte Bahnen zu bringen und so wird es in den ersten Monaten des Jahres 1966 Wirklichkeit werden, daß in Zwischenbrücken eine Ampelregelung für Fußgänger errichtet wird.

Ein großes Anliegen ist noch die Blinklichtanlage auf dem Blümelhuberberg. Dieser Akt hat bereits den Verkehrsbeirat passiert und es sind hier Kritiken oder negative Stellungnahmen des zuständigen Bauamtes und auch des Touringklubs laut geworden, aber ich glaube, sie sind nicht berechtigt. Dazu möchte ich Ihnen sagen, daß sich ein Bürger unserer Stadt die Mühe genommen hat, die Verkehrsfrequenz oberhalb des Blümelhuberberges beim Fußgängerübergang - dort wo jene Leute, die von den Ennskraftwerken heruntergehen, die Straße überqueren müssen - zu zählen. Die Zählung erfolgte am 20. September 1965 in der Zeit von 7.50 Uhr bis 8 Uhr und ergab 191 Kinder, davon welche im Kindergartenalter, 122 Erwachsene, also 313 Personen haben diese Stelle überquert. Man sagt, da oben baue man ja die Straße weiter, das haben wir auch vom Herrn Finanzreferenten gehört. Aber alles zu seiner Zeit. Ich glaube, der Aufwand, um hier oben die Sicherheit der Fußgänger zu gewährleisten, ist nicht so groß, daß man dieses Projekt nicht durchführen könnte.

Nun zur Gruppe 3, die die Kultur betrifft. Ich glaube, hier dürfte ich mit dem Kulturreferenten, Kollegen Radinger, konform gehen. Mozart hat keine schlechte Musik geschrieben, zumindest war sie nicht so schlecht, daß man da oben in einer Kraterlandschaft lediglich einen Karrenweg nach ihm benannt hat. Wenn

es sein muß, gehen wir vielleicht beide einmal abends hin und räumen die Tafel weg. Wir bekommen höchstens eine Verwaltungsstrafe von der Gemeinde. Ich glaube, jeder Fremde der nach Steyr kommt, wundert sich, daß dort oben auf dem Tabor entlang der Bretterbude, wo fallweise auch die Ringelspiele stehen, sich die Mozartstraße befindet.

Ich komme nun zur Gruppe 5: Körperliche Ertüchtigung. Wir haben in Steyr eine wunderbare Sportanlage, die Rennbahn. Sie wurde aus öffentlichen Mitteln, also aus Steuergeldern, errichtet. In diesem Jahr ist leider nur mehr ein Betrag von S 100 000, -- vorgesehen. Man sollte glauben, wenn diese Anlage aus öffentlichen Mitteln errichtet wird, so haben auch alle Sportvereinigungen die Möglichkeit, dort Sport zu betreiben. Sie wissen genau, ich bin kein Freund des Fußballsportes, ich bin nur insofern ein Freund dieses Sportes, wenn er wirklich zur Ertüchtigung - sei es in Betriebsgemeinschaften oder eben auf ideeller Basis, also aus Idealismus und nicht des Geldes wegen oder kommerziell - durchgeführt wird. Hier gibt es leider einen kleinen Schönheitsfehler. Einer Gruppe wird die Platzbenützung erlaubt, der anderen wird sie nicht erlaubt. Ich habe auch Verständnis dafür, wenn man es nicht erlaubt, weil dadurch das Spielfeld gefährdet wird. Ich glaube jedoch, man soll hier nicht 2 Kategorien von Menschen schaffen. Wenn man es einer Gemeinschaft erlaubt, so soll man es auch der anderen erlauben. Ich möchte nicht darauf eingehen, wer es ist, bin aber jederzeit bereit, die Nachweise zu erbringen.

Der zweite Punkt betrifft den Tennisplatz. Wir alle wissen, Tennis ist ein Sport der früher von Begüterten betrieben wurde und heute eben auch schon der breiten Masse zugänglich ist. Der Tennisplatz unten ist sehr schön hergerichtet und ich habe hier

einen Artikel gelesen - ich bin Leser der OÖ. Nachrichten - in dem man schreibt, man hat einen Kommandohügel usw., das ist irgendwie vielleicht anziehend für mich, aber was nicht anziehend für mich ist, ist, daß man einen 20-Tonner nach München geschickt hat, um dort das Material für den Tennisplatz zu holen, was S 20 000, -- gekostet hat.

Ich habe in Erfahrung gebracht, in Florida hätten sie noch einen schöneren Sand. Vielleicht können wir einmal mit einem Klipper hinüberfliegen und den Sand dort holen. Sehen Sie, wenn auf der einen Seite Sportvereine - ich denke hier an die "Forelle" - aus Idealismus alles das machen, betteln gehen, daß sie ein Fuhrwerk bekommen, betteln gehen, daß sie das Material bekommen und auf der anderen Seite schickt man um Steuergelder ein Fahrzeug nach München um dort um S 20 000, -- Material zu holen.

Ja lieber Kollege Baumann man findet vieles lächerlich, aber das wirkt immer das eigene Licht auf das eigene Dach. Ich möchte hier noch zu den Ausführungen des Kollegen Schachinger kurz Stellung nehmen.

Es stimmt, was Kollege Schachinger gesagt hat, daß das Eysfeld bzw. das Steyrdorf immer weniger besiedelt wird. Es ist eben heute eine Forderung der Zeit, daß man Städte umfährt. Das ist nicht nur in Steyr so, gehen Sie nach Leoben oder irgendwo anders hin in Österreich, jede kleine Gemeinde wird heute bereits umfahren. Diese Umfahrung - glaube ich - bezweckt man auch mit dem Projekt oben in der Blümelhuberstraße bzw. Ennsner Knoten und ich darf wohl sagen, daß ein Kreisverkehr dort oben sinnvoller gewesen wäre. Da er aber so schön ausgebaut ist, können wir ihn nicht mehr ändern.

Es wurde auch das Parkverbot in der Sierninger Straße kritisiert. Kollege Schachinger möge sich aber auch einmal hinbegeben und sehen,

wenn die ganze Sierninger Straße verparkt ist, und sagen, wo die Frauen mit ihren Kinderwagen hinausfahren bzw. wo sich die Fußgänger hinbegeben sollen. Dann wurde noch ausgeführt, daß sogar abends die Autos nicht parken dürfen, wenn die Leute in die Lokale gehen wollen. Viel können sie bekanntlich nicht trinken, wenn sie abends in ein Lokal gehen, denn ansonsten müßte der Herr Polizeirat Mohr wieder einschreiten und würde er wieder in einen schlechten Ruf kommen. Das ist ein Problem, das man sachlich betrachten muß. Man wird vielleicht dort und da Einschränkungen treffen müssen, die jetzt vielleicht nicht gerechtfertigt sind, aber ich glaube doch, im großen und ganzen hat man diesen Vorschlag, der den Verkehrsbeirat passiert hat und von der Wirtschaft nicht abgelehnt wurde, denn Herr Kammerrat Steinhuber ist bei dieser Verkehrsbeiratsitzung dabei gewesen, und er hätte die Möglichkeit gehabt, dort zu sagen, das kann ich vor der Wirtschaft nicht vertreten, er hat es aber nicht getan, gutgeheißen.

Ich komme nun zur Gruppe 6, dem Wohnungswesen.

Hier ist es erfreulich, daß die Bautätigkeit doch so günstig fortgesetzt werden kann und daß man hier wieder auch für die jungen Menschen Wohnungen schaffen kann. Ich möchte aber auf etwas verweisen und zwar betrifft es die Bauaufsicht. Ich glaube, das wurde schon von einem Kollegen gesagt. Hier müßte man den Baufirmen etwas mehr auf die Finger sehen, denn es hat sich bei manchen Firmen ergeben, daß sie wirklich nur mehr ihre Ladenhüter einbauen. Wenn man dann nachforscht, so kommt man darauf, über kurz oder lang sind die Firmen in Ausgleich gegangen und da haben sie alle ihre Ladenhüter, die sie gehabt haben, eingebaut.

Zur Gewerbeförderung selbst, möchte ich sagen. Wir merken heuer

einen Einnahmerückgang auch aus der Gewerbesteuer. Der Herr Finanzreferent hat erklärt, wir sind auf das große Steyr-Werk angewiesen. Wenn sich dort die Auftragslage verschlechtert, vermindern sich auch unsere Einnahmen. Es ist erfreulich, daß auf dem Gewerbeförderungssektor jetzt die verfehlt Politik abgestellt wurde und man hier Zonen geschaffen hat, um das Industriegewerbe seßhaft zu machen. Ich glaube, es dürfte aber dies noch immer zu wenig sein und vielleicht werden sich einmal diese Fehler rächen, wenn wir nicht hergehen und hier unsere Anstrengungen noch ausweiten. Zum Umfahrbau, Straßenbau, hat mir Herr Kollege Hochmayr sehr viel weggenommen. Der Herr Finanzreferent hat einen Ausweg gewußt über die Sporthalle, er hat einen Ausweg gewußt über das Bad, ich habe mir gedacht, vielleicht weiß er auch einen Ausweg über das Hundegrabenprojekt. Leider, hier hat er mich im Stich gelassen. Ich glaube, über kurz oder lang, wollen wir uns doch nicht darüber hinwegtäuschen, denn in den Stoßzeiten am Abend kann es Ihnen jetzt schon passieren, daß, wenn Sie über den Grünmarkt hinunterfahren in Richtung Rathaus und sich hier vor dem Rathaus wieder einfädeln wollen, Sie bis zu einer Viertelstunde warten müssen, bis es Ihnen gelingt. Natürlich wird die Frequenz der Fahrzeuge immer größer. Wir haben im heurigen Jahr allein eine Zunahme in Steyr von 577 PKW, somit ist die Gesamtzahl 4 873 PKW. Aber auch der Schwerverkehr hat zugenommen. Die Zugmaschinen sind auf 115 - mit den Anhängern auf 219 - angestiegen. Bei den Mopeds haben wir eine leichte Zunahme um 41, sodaß wir 2 349 Fahrzeuge haben. Die Motorräder sind etwas im Abnehmen, insgesamt befinden sich in Steyr - wie schon erwähnt wurde - 8 500 Fahrzeuge.

Nun zur Parkplatzfrage. Wir alle wissen - Kollege Schachinger hat es

richtig erwähnt - daß im Amtsblatt einmal eine Aufzeichnung war, wo man in Steyr parken kann. Es hat sich aber herausgestellt, daß ja gar nicht alles verparkt wird. Ich habe voriges Jahr plädiert, man möge doch versuchen, oben auf der Promenade noch weiteren Parkraum zu gewinnen. Darf ich Ihnen sagen, daß Sie auf der Promenade immer leere Parkplätze finden. Es ist nur so, es will heute jeder unbedingt bis vor seine Haustüre fahren oder aber mindestens bis in das Stadtzentrum. Linz wäre glücklich, wenn sie diese Möglichkeiten hätte, die Fahrzeuge abzustellen. Fahren Sie einmal nach Linz - es werden sicher schon manche drüben gewesen sein - und Sie werden sehen, wie oft Sie im Kreis fahren müssen, bis Sie eine kleine Parklücke finden. Ich glaube, am Ennskai kann man fast immer Parkplatz finden. Daß wir die Parkplatzfrage im Auge behalten müssen, ist selbstverständlich.

Meine Damen und Herren, ich habe hier noch eines, und zwar betrifft es den Ausbau der Arbeiterstraße. Der Arbeiterberg wurde als Einbahnsystem ausgebaut. Es wurden hier manchmal Bedenken geäußert. Bedenken wurden auch im Verkehrsbeirat geäußert, aber man hat sich deshalb entschlossen, das zu machen - hier möchte ich Herrn Kollegen Moser Antwort geben - weil die Autobusse der Stadtgemeinde auch die Ennsleite befahren und sie eben nur über den Arbeiterberg fahren können. Wie Sie wissen, ist, wenn Sie an den Arbeiterberg heranzufahren, eine enge Kurve. Wenn ein Fahrzeug im Winter steckenbleibt, haben die Nachkommen immer noch die Möglichkeit, das Fahrzeug zu überholen und brauchen nicht zurückfahren. Wir haben das schon manchmal in Münichholz am Plenkelberg erlebt. Das ist einer der Gründe, der dann auch anerkannt wurde und selbst die Steyrwerke, die vorerst Gegner dieses Projektes waren, haben es dann befürwortet. Allerdings - das stimmt und

darauf darf ich vielleicht den Herrn Finanzreferenten aufmerksam machen - die Schillerstraße, sie wurde hier bereits erwähnt, muß ausgebaut werden, um dieses Einbahnsystem zu gewährleisten und hier fehlt uns - mir ist es selbst entgangen - im Vorschlag die Bedeckung.

Eines ist hier noch zu erwähnen. Nachdem die Hubergutstraße ausgebaut werden soll und diese Trasse bis zur Einmündung in die Bundesstraße reicht, würde ich anraten, die Schwarzmayerstraße endlich einmal mit richtigen Beleuchtungskörpern zu versehen. Die Schwarzmayerstraße, das ist die Verbindungsstraße von der Eisenbundesstraße zur Hubergutstraße, ist derzeit eine der meist und stärkst frequentiertesten Straßen, weil sie vom gesamten Schwerverkehr der Baufirmen, die oben auf der Ennsleite arbeiten, benützt wird. Hier sind Beleuchtungskörper installiert worden, die man woanders heruntergenommen hat, wie sie Kollege Schachinger beschrieben hat. Kleine Funseln hängen oben und wenn im Sommer ein Schmetterling fliegt sieht man nichts mehr vom Licht.

Allgemeines Gelächter!

Das würde im Zuge dieser Bauarbeiten, glaube ich, mitgehen.

Nun meine Damen und Herren, vielleicht zu einem etwas heiklen Problem, das ich aber trotzdem berühren möchte. Es betrifft die Frage, wie wird man Angestellter in der Gemeinde? Was muß man tun, um sich zu bewerben?

Ich darf Ihnen hier kurz zwei Beispiele nennen. Vorerst einmal eine Handelsschülerin, die mit Vorzug abgeschnitten hat und deren Wunsch es gewesen wäre, unbedingt in die Gemeinde zu kommen. Sie hat ihr Gesuch abgegeben und man hat ihr gesagt, Sie müssen warten, sie hören von uns. Es hätte 6 Monate gedauert,

bis sie gehört hätte. Es ist klar, wenn ein Mädchen heute aus der Handelsschule herauskommt, so sind die Eltern interessiert, sie so schnell wie möglich in den Arbeitsprozeß einzugliedern, damit dieses Mädchen nicht vielleicht auf andere Gedanken kommt. Ein halbes Jahr hätte sie also warten müssen und ich glaube, es ist wirklich nicht notwendig, daß man Vorzugsschülerinnen so lange warten läßt. Ich habe der Mutter den guten Rat gegeben und gesagt, schauen Sie, Ihr Kind ist eine Vorzugsschülerin, gehen Sie in die Privatwirtschaft, dort wird sie ihren Weg machen und sie hat ihn gemacht.

Das zweite betrifft einen Spätheimkehrer. Es ist ein Mann mit 48 Jahren gewesen. Dieser Mann ist 1950 aus Rußland nach Hause gekommen, hat in den Steyr-Werken gearbeitet und wurde nach 2 Jahren krank und zwar zog er sich ein Lungenleiden zu. Er kam dann in das Spital, kam in die Lungenheilstätte. Sie wissen, das sind langwierige Leiden und als er zurückkam hatte er leider das Pech, daß man ihn in den Steyr-Werken nicht mehr genommen hat. So ist er eben von einer Firma zur anderen gezogen, jeder hat gesagt, der war einmal lungenkrank, nein das geht nicht, usw. Ich habe mir dann die Mühe genommen, habe mit Herrn Bürgermeister gesprochen und man hat ihn dann als Arbeiter aufgenommen. Aber ich glaube, in diesem Hause, bei 500 Bediensteten, würde sich wohl ein Weg gefunden haben, einen 48-jährigen Jungseilen, dessen wirtschaftliche Gegebenheiten ganz anders sind als bei einem verheirateten Mann, irgendwo unterzubringen. Man hat ihn im Sommer in die Stadtgärtnerei gegeben zum Rasenmähen in der ärgsten Hitze. Der Mann ist natürlich wieder niedergegangen und hat gesagt, das kann ich nicht machen. Zum Glück ist ihm die Konjunktur der Steyr-Werke zugute gekommen und man hat ihn jetzt wieder genommen.

Das wären diese 2 Beispiele, die ich aufzeigen wollte. Was muß man wirklich tun um hier unterzukommen?

Jetzt komme ich zu einem Problem und zwar zu den Subventionen. Ich habe vollstes Verständnis, wenn der Herr Finanzreferent auf dem Gemeindegäßchen sitzt und es ist klar, jeder Verein würde um Subventionen kommen. Meines Erachtens - das ist meine bescheidene Meinung - soll man Subventionen nach der Stärke des Vereines, nach seinen Leistungen, die er erbringt, vergeben und nicht nach der Stärke der jeweiligen Fraktion in der Gemeinde, denn ansonsten ist es ja kein Leistungssport mehr, wozu man die Sportler anregt, sondern dann wird es ein Proporzsport. Wenn ich es hier kritisiere, so sollen Sie sehen, daß ich nicht zu unrecht kritisiere. Denn was ich hier an der Mehrheitsfraktion mache, desselbe hat der ASKÖ Bezirksobmann von Steyr, der damalige Landtagsabgeordnete Schmidl, im Jänner 1965 am Landtag gemacht. Er hat damals gesagt - Schmidl macht ungerechtfertigte Vorwürfe, schrieb damals die Zeitungen, ich weiß es nicht, es waren die OÖ. Nachrichten - die Verwaltung der Budgetmittel geschehe auf eigene Weise zu wesentlichen Gunsten der Union. Wenn man selbst im Glashaushalt sitzt, soll man nicht auf andere mit Steinen werfen. Darum habe ich das Problem angeschnitten. Ich möchte anführen, warum ich es gesagt habe. Schauen Sie, der Allgemeine Turnverein hat fast 1 000 Mitglieder. Voriges Jahr hat der Herr Sportreferent und auch der Herr Bürgermeister gesagt, wir haben uns das Weihnachtsturnen angesehen und es war wirklich nett.

Es fängt an mit den alten Herren, die mit ihren Bäuchen durch diese Geräte durch müssen und geht bis zu den Kleinen und wir haben uns alle sehr gefreut. Diesem Verein gibt man eine derart kleine Subvention und sagt, er habe ohnehin so viele Mitglieder.

Ich finde die Förderung der Leichtathletik ist immer wichtiger als die Förderung eines Fußballvereines, dessen Aktiven fast schon Profi sind.

Ich möchte das Bild abrunden und nur mehr einen Punkt streifen. Ich habe den Voranschlag durchgelesen und da bin ich auf einen Punkt gekommen, bei dem es heißt, Renovierung des Althausbesitzes. Dafür wurde im vergangenen Jahr ein Betrag von S 50 000,- eingesetzt, S 5 000,- wurden nur benötigt. Ich glaube, voriges Jahr war es Kollege Schachinger, der dieses Thema der Mieter des Althausbesitzes angeschnitten hat. Wir haben in der Gemeinde ein Amtsblatt. Ich glaube, es sollen nicht nur Geschäftsreklamen gebracht werden - was uns selbstverständlich wieder Geld bringt - sondern es soll uns vor allen Dingen ein Hinweis sein und ich glaube bei einigem guten Willen und der ist hier in diesem Hause immer vorhanden, wird es möglich sein, vielleicht die Hausbesitzer darauf aufmerksam zu machen, daß sie die Möglichkeit haben, ihre Wohnungen zu sanieren, wenn sie uns die Wohnungen zur Verfügung stellen. Daß sie den richtigen Mieter bekommen, wird - glaube ich - der Wohnungsreferent keine Schwierigkeiten haben, denn er hat ein dickes Gebetbuch, aus dem er zuweisen kann und der Hausherr hat die Möglichkeit, unter 1 500 sich den Richtigen herauszusuchen. Ich glaube, man soll hier das Kind nicht mit dem Bad ausschütten, vielleicht ist uns beiden geholfen.

Zum Schluß meine Damen und Herren muß ich so wie alle Jahre sagen, wir anerkennen die Leistung und die Mühe, die sich der Herr Finanzreferent gemacht hat und wir geben diesem Voranschlag unsere Zustimmung.

Es obliegt mir ferner noch, den Bediensteten dieses Hauses, der Bevölkerung dieser Stadt und Ihnen allen, meine Damen und Herren, ein frohes

Fest zu wünschen und vorallem viel Glück für das Jahr 1966.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke. Kollege Hochmayr und dann Kollege Moser und Huemer!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER JOSEF HOCHMAYR:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich darf mich noch einmal zum Wort melden, die Situation erfordert es.

Unser sehr geschätzter stadträthlicher Schulreferent hat das Problem um die Kosten der Schulraumbeschaffung aufgezeigt. Ich würde mir in diesem Zusammenhang den bescheidenen Hinweis erlauben, daß wir in Steyr auch 2 Privatschulen haben. 2 Privatschulen, bei denen wir wohl auch eine Schülerbücheraktion haben, die aber noch nicht so ausgebaut ist, wie sie an den öffentlichen Schulen besteht. Ich glaube, daß die Eltern dieser Kinder wahrlich der Stadtgemeinde viel Geld ersparen helfen und ich würde mir daher den Antrag erlauben und die Bitte vorbringen, die Schulbücheraktion in den beiden Privatschulen, gleich den öffentlichen Schulen, zu gestalten. Es kann sich nicht um wesentliche Mittel handeln.

Der zweite Punkt war der erfreuliche Bericht über die 32 Heimplätze in Wien, von denen ich Ihnen sagen darf, daß sich unsere Studenten sehr sehr freuen können, wie sie untergebracht werden, denn ich war Zeuge der Eröffnung. Ich würde nur eine Bitte an Sie haben, daß wir auch die zukünftigen Linzer Hochschulstudenten entsprechend fördern und im Zuge der Heimförderung auch das OÖ. Studentenwerk mit einbeziehen.

Wir haben auch aus den Ausführungen unseres besorgten Wohnungsreferenten gehört, daß wir immer noch zu wenig Wohnraum schaffen können. Auch hier würde es vielleicht

wieder einen Ausweg geben, nämlich die Siedler und auch solche leben noch in der Stadt Steyr. Wie wäre es, meine sehr Verehrten, wenn wir aus den angekauften Gründen des Reiwögergutes und des Dunkelgutes Bauparzellen für Siedler freigeben würden. Ich glaube, wir würden uns damit zweifellos eine weitere große Erleichterung auf dem Wohnungssektor schaffen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke.

Kollege Moser bitte!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:
Sehr verehrter Gemeinderat!

Ich möchte zu den Ausführungen des Stadtrates Radinger Stellung nehmen, soweit seine Ausführungen an meine Adresse gerichtet waren, wobei ich sagen muß, als Intellektueller hat er eine erstaunlich lange Zeit gebraucht, um dazu überhaupt Stellung zu nehmen und eine gewisse Rechtfertigung, wegen geistiger Regsamkeit, Interesselosigkeit, Demokratie usw. über die ich in meinen letzten Ausführungen gesprochen habe, zu bringen. Wobei ich noch einmal betone, daß mir von absolut ehrenhafter Seite gesagt wurde - auch wenn man heute versucht zur Ehrenrettung der Mehrheitsfraktion zu sagen, daß das Statut reichlich durchberaten wurde - daß es von der Fraktion nicht beraten wurde. Das ist aber Ihre Angelegenheit, ich stelle das nur fest. Ich möchte auch gleichzeitig feststellen, wenn Stadtrat Radinger sich gegen meine Ausführungen bezüglich der Tätigkeit der Stadträte verwahrt, daß ich damals ausdrücklich gesagt habe, ich will die Tätigkeit eines Funktionärs nicht herabsetzen, weil ich selbst Funktionär bin. Aber es liegt an Ihnen und es ist Ihre Schuld, Kollege Radinger, weil Sie nicht gleich das gesagt haben, was Sie heute zum

Ausdruck gebracht haben, daß nie daran gedacht wurde, diese Höchstsätze auszuschöpfen. Es ist Tatsache, daß nach dem Vortrag des Herrn Magistratsdirektors, Dr. Enzelmüller, keiner der anwesenden Herren dazu gesprochen hat. Es hätte damals schon eine Stellungnahme - und wenn es nur zu diesem Punkt gewesen wäre - abgegeben werden müssen, dann wären alle Angriffe und jede Kritik überflüssig geworden. Warum das erst jetzt nach so langer Zeit?

Bezüglich der Tätigkeit der Stadträte - ich habe nicht gesagt, einmal sondern zweimal im Monat eine Sitzung, die 2 - 3 Stunden dauert - kommt es natürlich, so wie ich erklärt habe, daß es auf den Mann, der den Vorsitz führt, ankommt, ob er vom Statut Gebrauch macht oder nicht, auf den einzelnen Funktionär an, ob er sich für sein Ressort interessiert oder nicht. Jedenfalls steht fest, daß es in der Öffentlichkeit, insbesondere in der Arbeiterschaft, Entrüstung hervorgerufen hat, weil kein Wort der Aufklärung gegeben wurde und alle der Meinung waren, diese Sätze kommen zur Auszahlung. Das ist Tatsache und wenn Sie sich heute darüber entrüsten, dann ist es Ihre eigene Schuld, das will ich festgestellt haben.

Wenn Stadtrat Radinger anführt, jeder Gemeinderat hat das neue Statut rechtzeitig zugeschickt bekommen, so ist das richtig, das habe ich letztesmal selbst festgestellt, aber wenn er hinzufügt, jeder hätte die Möglichkeit gehabt, wörtlich oder schriftlich dazu Stellung zu nehmen, dann muß ich die Antwort geben, daß ich darauf gewartet habe, daß dieses Statut auf die Tagesordnung gesetzt wird, so wie es in Linz und Wels der Fall war und jeder dazu hätte Stellung nehmen können.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Du warst ja nicht da!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Das war nicht der Fall, ich habe mir die Tagesordnungen angesehen, ich habe sie beisammen liegen und auf keiner Tagesordnung einer Gemeinderatssitzung steht zur Behandlung der Punkt "Neues Statut." Wenn ich mündlich dazu nicht Stellung genommen habe so deshalb, weil ich durch Krankheit daran verhindert war, an dieser Gemeinderatssitzung teilzunehmen. Deshalb weise ich diese Anwürfe zurück. Wenn Seitenhiebe gemacht werden, bitte im politischen Leben ist das einmal so, ich bin nicht empfindlich und wenn man sagt, ich habe mich gewissermaßen mit einer Zeitung liiert, die mir sonst nicht nahe steht, so möchte ich sagen, Ihre Partei steht Jahr und Tag in Koalition und schläft im Ehebett mit dieser Partei.

Allgemeines Gelächter!

Manchmal werden Sie sicher auch streiten, wie das auch bei einem Ehepaar vorkommen soll. Ich möchte sagen, es hat reichlich lange gedauert, bis eine Rechtfertigung oder Feststellung erfolgt ist, die dadurch, daß es solange gedauert hat, nicht recht glaubwürdig klingt. Warum - auch das wirft ein sonderbares Licht - ist es so ein Unglück, wenn die Arbeiter einmal erfahren, welche Bezüge ihre Funktionäre haben. Hat dabei jemand ein schlechtes Gewissen?

ZWISCHENRUF STADTRAT PROF. STEPHAN RADINGER:

Hat auch niemand gesagt!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Ich finde das nicht, warum muß man darüber so empört sein? Meine Feststellungen waren absolut keine Hetze. Ich habe hier gesprochen, wo es notwendig war, hier ist der Platz dazu, um dazu Stellung zu nehmen. Das zu diesen Ausführungen

Aber ich bin damals auch in der

Sitzung verdächtigt worden, daß ich in einer Gemeinderatssitzung den Antrag gestellt habe auf Erhöhung der Funktionsgebühren. Ich habe gebeten, mir heute das Protokoll von dieser Gemeinderatssitzung vorzulegen, vielleicht kommt es noch, ich weiß es nicht.

Zu den Ausführungen des Kollegen Besendorfer über die Vergabe von Arbeiten an kleine Firmen, die wie er feststellt pünktlich ihre Lieferzeit einhalten, möchte ich folgendes sagen. Nicht von jenen kleinen Firmen war die Rede, ich habe ausdrücklich von Baufirmen, die nicht leistungsfähig genug sind, gesprochen. Kollege Besendorfer, ich weiß nicht, ob Du Dich erinnern kannst, es liegt Jahre zurück, damals habe ich im Stadtrat gerade für kleine Firmen wiederholt eine Lanze gebrochen, weil sie sich beschwert haben, daß sie nicht zum Zuge kommen und mit der Begründung abgewiesen wurden, daß sie nicht genug leistungsfähig sind und das Material nicht kaufen können usw. Das war in einer Zeit, in der es für einen kleinen Gewerbetreibenden sehr schwer war. Ich wende mich dagegen, daß an Baufirmen, die einfach nicht die Möglichkeit und Leistungsfähigkeit aufweisen, einen Bau zu einem bestimmten Zeitpunkt fertigzustellen, immer wieder Aufträge vergeben werden. Denn eine längere Bauzeit erhöht die Kosten und die Mieten werden dadurch verteuert.

Du hast mich eingeladen, mit Dir zusammenzukommen, um zu untersuchen und zu prüfen bezüglich der zweimaligen Anrechnung von Instandsetzungsarbeiten, die ich angeführt habe. Ich möchte hier folgenden Absatz zur Verlesung bringen, der Herr Bürgermeister weiß davon, wir haben mit ihm gesprochen und er hat uns seinerzeit die Möglichkeit gegeben und uns eingeladen, Einsicht in die Buchführung der Häuserverwaltung zu nehmen. Es heißt hier "Fachleu-

te des Mieterschutzverbandes haben in die Bücher der GWG Einsicht genommen, sie fanden, daß im Gegensatz zu den steten Behauptungen der Stadtverwaltung nicht nur die Betriebskosten sondern auch die Grundmietzins beträchtlich erhöht wurden. Aber auch bei den Erhöhungen der Betriebskosten fand man allerhand. Da scheinen gewaltige Summen auf, die man mit bestem Willen nicht als Betriebskosten verrechnen kann. Z. B. die Instandhaltung der Rasenflächen, vor den Wohnbauten. Für diese Arbeiten aber zahlt jeder Mieter pro m² Wohnfläche und Jahr S 10,- als Instandhaltungskostenzuschuß, die schon im Grundmietzins enthalten sind". Wir haben beide die Möglichkeit, das neuerdings zu überprüfen. Diese Ausführungen sind von der Gemeindeverwaltung unwidersprochen geblieben. Sie entsprechen den Tatsachen. Das zu diesen Ausführungen. Ich bemühe mich immer, auch in meiner Kritik auch auf fruchtbaren Boden fällt und man den Eindruck bekommt, man meint es damit ernst, um einen Übelstand abzustellen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER;

Danke. Kollege Huemer bitte!

STADTRAT ALOIS HUEMER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Erwarten Sie von mir nicht, daß ich zu den ganzen Problemen, die meine Funktion betreffen, Stellung nehme. Man könnte insbesondere auch auf die Überlegungen und Darlegungen des Kollegen Moser hier antworten.

Es wäre sicherlich interessant, über die Situation des Wasserwerkes, der Verkehrsbetriebe, des Gaswerkes, des Stadtbades, der Bestattung, des Krematoriums, der Leichenhalle

oder des Reklamebetriebes zu sprechen. Ich kann Sie versichern, daß man sich darüber ernsthaft und lange auseinandersetzen könnte. Ich sage das deshalb, weil es die Gepflogenheit im Gemeinderat der Stadt Steyr ist, diese Probleme mehr in internen Beratungen zu besprechen und sich darüber auseinanderzusetzen, als sie mit vielen Worten in der großen Gemeinderatssitzung zu behandeln. Das möchte ich einmal anführen.

Aber ist es denn keinem der Gemeinderäte bekannt, daß in der Stadt Steyr die Verkehrsbetriebe seit 1957 keine Preiserhöhung vorgenommen haben? Ist es der Bevölkerung von Steyr nicht aufgefallen, daß seit 1958 der Wasserpreis gleich geblieben ist? Sind das nicht Probleme, die wirklich mehr sind als bloß nur am Rande vermerkt zu werden? Ich sage diese Präambel nur als eine solche, ohne mich meritorisch damit auseinanderzusetzen. Es ist in der heutigen Gemeinderatssitzung über die verschiedenen Verkehrslinien gesprochen worden, die wir in Steyr führen. Ich darf Ihnen mitteilen, daß die eingeführte Linie Ennsleite - Tabor - Stadtplatz eine ganz gute Frequenz aufweist. Es ist das erste Mal, daß man Ihnen einen Bericht gibt und ich kann Ihnen mitteilen, daß diese beiden Linien sich günstig entwickeln. Seit April dieses Jahres wurden fast 136 000 Fahrgäste befördert. Darüberhinaus ist es nun notwendig, den eine Stunde dauernden Interwall zu kürzen. Sie haben ja durch Ihre Zustimmung zum Budget die Möglichkeit gegeben, daß wir im neuen Jahr einen weiteren Omnibus anschaffen können. Ich darf Ihnen sagen, daß durch die Wohnbauten, die die Gemeinde Steyr aufführt uns von der Bevölkerung ganz besondere Probleme auferlegt werden. So sind von den Bewohnern der GWG-Bauten in der Neustraße und der Steinfeldstraße derzeit sehr starke Bestrebungen im Gange, den nur in der Frühe und am Abend

eingesetzten Omnibus durch einen kontinuierlichen Betrieb zu ersetzen. Das sind Dinge, die uns sehr ernst bewegen. Nach Klein-Aber-Mein hinaufzufahren ist im Augenblick nicht möglich, aber wir kommen der Bevölkerung wenigstens, um testmäßig zu erkennen, soweit entgegen, daß wir an der Einmündung der Michael-Vogl-Straße in die Damberggasse versuchen, eine Haltestelle einzurichten. Sie können mir glauben, daß die Bewilligung für eine solche Haltestelle außerordentlich schwierig zu erreichen ist, denn die Anrainer, die sonst bei jeder Gelegenheit von der Gemeinde verlangen, daß etwas gemacht wird, sind in solchen Dingen sehr sehr schwer zu überwindende Größen. Auf dem Gebiet, das ich jetzt streifen will, kommen aus der Bevölkerung Beschwerden. Die älteren Kollegen in diesem Saale werden sich noch erinnern, daß das im Jahre 1926 errichtete Krematorium damals in einer völligen Einöde stand. Das heißt, das Krematorium war damals von keinen Wohngebieten umgeben. Wir können aber das Krematorium nicht einfach verpflanzen und deshalb ist auch im Budget der Ausbau dieses Krematoriums mit einer Gasheizung vorgesehen, weil wir Gas zur Verfügung haben, wobei auch ökonomische Überlegungen eine Rolle spielen. Wir werden, das darf ich heute sagen, um die Bevölkerung zu beruhigen, in den Kamin eine Wäsche einbauen. Das heißt, daß alle Abgase abgefangen werden. Diese Wäsche kostet allein den Betrag von S 250 000, -- bis S 300 000, --. Sie sehen, daß das Probleme sind, die einem Funktionär, der diese Betriebe zu beobachten hat und der sich mitplagt, vor außerordentliche Aufgaben stellt.

Ich kann Sie versichern, Sie haben es ja aus dem Budget, aus dem Voranschlag, gesehen, daß das Jahr 1966 Ihnen in jeder Hinsicht die Preise garantiert, die bisher üblich wa-

ren, also ein ausgeglichenes Budget ohne Preisveränderungen. Darf ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates sagen, daß in der Zeit von 1957 bis jetzt sich die Personalkosten um 50 % erhöht haben und wir trotzdem an den Preisen festhalten, die Sie seinerzeit beschlossen haben. Es ist damals darüber auch eine starke Debatte geführt worden. Ich habe das nur deshalb gesagt, damit Sie sehen, wie groß die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtungen ist, die die Gemeinde zu verwalten hat.

Ich will Ihnen noch mitteilen, daß sich die Zahl der Benützer der Verkehrslinien Tabor - Ennsleite - Stadtplatz ununterbrochen verbessert. Im Monat April waren es 12 000 und im Monat November bereits 20 000 Fahrgäste. Sie sehen also, daß hier einem - sagen wir - notwendigen Zug der Zeit für diese Bewohnerschaft Rechnung getragen worden ist. Wir können aber nicht mit einem Omnibus allein unser Auslangen finden, wir brauchen selbstverständlich einen weiteren Omnibus, der ja heute bewilligt wird, um Erweiterungen und Verbesserungen nicht nur auf der Ennsleite durchführen zu können. Das wollte ich nur ganz kurz angeführt haben.

Kollege Gherbetz, der uns aus seinem Ressort einen fadellosen Vortrag gehalten hat, wird mir jetzt nicht böse sein, wenn ich sage, daß Sie lange sitzen bleiben müßten, wenn ich Ihnen die ganzen Probleme, die sich nur allein auf die Reinhaltung des Wassers beziehen, vortragen würde.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke.

Wir hören nun das Schlußwort des Berichterstatters. Bitte Herr Kollege Schanovsky!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER DIR. HANS SCHANOVSKY:
Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich danke den Diskussionsrednern für ihre reichlichen Beiträge, die sie zu dieser Budgetberatung geleistet haben.

In Ihren Ausführungen sind wieder eine Reihe von Wünschen und Anregungen gemacht worden, die die Stadtverwaltung berücksichtigen soll. Ich habe in meinen Ausführungen schon dargelegt, daß verschiedene Wünsche, die im Vorjahr gestellt wurden, in diesem Jahr verwirklicht worden sind. Man kann aber nicht alle Wünsche zu gleicher Zeit erfüllen. Es liegt ja an Ihnen und ich habe Ihnen den Vorschlag gemacht, eine Reihung der Projekte nach ihrer Dringlichkeit zu erstellen. Sie sollen sagen, was zuerst und was später an die Reihe kommen soll. Ich kann aber natürlich nicht jetzt - ich habe mir alle Ihre Wünsche notiert - darauf eingehen, aber Sie können versichert sein, daß unsere Fraktion jeden Wunsch behandeln, beraten wird, wann die Notwendigkeit gegeben ist, ihn zu erfüllen.

Ich möchte noch auf die Ausführungen zurückkommen, in denen die Diskussionsredner zum Ausdruck gebracht haben, daß diese Wünsche nur Kleinigkeiten sind und gar nicht so viele finanzielle Mittel in Anspruch nehmen werden. Richtig, aber zählen Sie die Kleinigkeiten alle zusammen, welche Summe das dann ergeben wird. Nur die Kunsteisbahn allein, Herr Gemeinderat Moser, würde ein Minimum von S 7 Millionen erfordern. Da muß ich schon sagen, das kann keine Kleinigkeit mehr sein.

Eines der verschiedenen Vorhaben, das einen großen Aufwand erfordert und die Dringlichkeitsstufe 1 besitzt, ist sicherlich die Umfahrung Hundsgraben. Unsere Fraktion hat sich nicht nur einmal sondern schon öfter mit dieser Frage beschäftigt und wenn wir von den Fachexperten die Gutachten einholen, so wird das Projekt immer größer und größer. Es war zuletzt zu entscheiden, bauen wir zuerst

die Schule am Tabor oder die Hundsgrabenumfahrung. Ich glaube, bei der geschilderten Schulraumnot unserer Kinder und den Umständen, die damit verbunden sind, war es richtig, der neuen Schule den Vorzug zu geben, denn das Umfahrungsprojekt kostet sicher mehr als diese neue Schule, denn Sie wissen ganz genau, daß damit auch eine neue Brücke über die Enns verbunden ist. Eine Teillösung, glaube ich, können wir bei diesem Projekt nicht suchen.

Es ist wieder das Problem angeschnitten worden, ich bezeichne es kurz, Schuldenmachen oder nicht? Wir haben in den letzten 10 Jahren ein Budget und einen Rechnungsabeschluß getätigt, die uns gezeigt haben, daß die Baukapazität voll ausgeschöpft war. Wir haben im Jahre 1965 durch den Nachtragsvoranschlag im außerordentlichen Haushalt S 43 Mill. ausgewiesen, das war das Höchste, was wir überhaupt bewältigen konnten. Ich kann Ihnen sagen, wenn wir die S 37 Millionen, die wir im Budget 1966 ausgewiesen haben, wirklich verbrauchen, dann glaube ich, können wir zufrieden sein, denn mehr ist ausgeschlossen, daß wir bewältigen könnten, bedenken Sie, daß die Bauwirtschaft mit dem Wiederaufbauvorhaben, das nicht mit unserem Geld durchgeführt wird, belastet ist und wir mit dieser Kapazität gar nicht rechnen können. Schon aus diesem Grunde soll man das Budget nicht überfordern. Ich möchte kein Prophet sein, wenn ich heute schon die Feststellung treffe, daß die Zeit nicht mehr fern ist, in der wir uns damit befassen müssen, Kreditoperationen durchzuführen und Wege zu suchen, um diese Mittel billigst zu bekommen, denn gerade das Umfahrungsprojekt, das uns sicherlich bedrängt, wird es notwendig machen, diesen Schritt zu unternehmen. Ich bin nicht so ehrgeizig, daß ich in Anspruch nehmen will, wenn ich abtrete, die Stadt Steyr ohne Schulden hinterlassen zu haben.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT MOSER:

Vielleicht kein schlechter Ehrgeiz!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER DIR. HANS SCHANOVSKY:

Gar keiner! Wenn es der Zufall will, kann ich auch nichts dafür. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir nicht alles gemeinsam beschlossen, was durchzuführen war und auch durchgeführt wurde? Ich habe Sie nur mit meinen Empfehlungen von großen Zinsenlasten bisher befreit. Ich weiß, daß Wels schon über S 100 Millionen Schulden hat und jetzt allein jährlich eine Zinsenlast, ohne Tilgung des aufgenommenen Kapitals, von S 7 Millionen in ihrem Budget ausweist. Was können wir aber mit S 7 Millionen, die wir uns ersparen, andererseits wieder leisten?

Herr Gemeinderat Moser, Sie haben mich nochmals zitiert wegen Ihres Antrages auf Erhöhung der Funktionsgebühr, der Herr Magistratsdirektor hat noch nicht die Zeit gehabt, in dem Protokoll nachzusehen, aber ich mache mir von jeder Budgetsitzung, von jeder Äußerung, Aufzeichnungen und ich kann Ihnen sagen, daß Sie im Dezember, ich glaube es war im Jahre 1953, bei der Gemeinderatsitzung in der Schloßkapelle diesen Wunsch geäußert haben.

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Stimmt nicht Herr Vizebürgermeister. Ich stelle fest, das stimmt nicht!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER DIR. HANS SCHANOVSKY:

Ich möchte Ihnen allen noch abschließend für das Verständnis und für die Erklärung, daß Sie diesem Voranschlag Ihre Zustimmung geben, danken. Ich weiß damit, daß diese Arbeit nicht umsonst war und daß Sie mit unseren Plänen, die wir für das kommen-

de Jahr haben, einverstanden sind.

Allgemeiner Applaus!

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wir kommen zur Abstimmung über diesen Antrag. Darf ich, wenn Sie dem Antrag Ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand bitten? Danke. Gegenprobe? Damit ist der Voranschlag der Stadt Steyr für das Jahr 1966 einstimmig angenommen.

Wir kommen zum 2. Tagesordnungspunkt dieser Sitzung. Ich bitte den Berichterstatter Kollegen Radinger:

BERICHTERSTATTER STADTRAT PROF. STEPHAN RADINGER:
Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Das neue Schulgesetz sieht ein 9. Schuljahr vor und dieses 9. Schuljahr wird im kommenden Jahr in Kraft treten. Dementsprechend müssen auch von der Gemeinde Vorsorgen getroffen werden, damit die Schüler, die das 9. Schuljahr besuchen werden, entsprechende Räume usw. zur Verfügung haben. Ich möchte mir weitere Ausführungen dazu ersparen. Ich lege Ihnen kurz den Antrag des Stadtseminars vor.

2) Schu-6225/65

Errichtung eines Polytechnischen Lehrganges in Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Im Rahmen der zur Einführung des 9. Schuljahres von der Stadtgemeinde Steyr als Schulsitzgemeinde zu treffenden Entscheidungen wird grundsätzlich beschlossen:

1. Es wird beim Amt der OÖ. Landesregierung gemäß § 18 des OÖ. Pflichtschulorganisationsgesetzes beantragt, den Polytechnischen Lehrgang in Steyr als selbständige Schule zu führen.

2. Weiters wird beim Amt der OÖ. Landesregierung beantragt, die Führung dieser selbständigen Schule im Schulgebäude Steyr, Punzerstraße 73 - 75, gemäß § 29 und § 33 des OÖ. Pflichtschulorganisationsgesetzes zu genehmigen.

3. Die Stadtgemeinde Steyr als Schulsitzgemeinde gibt hinsichtlich der Schulsprengelfestsetzung durch den Magistrat Steyr als Bezirksverwaltungsbehörde gemäß § 40 bzw. § 37 des OÖ. Pflichtschulorganisationsgesetzes folgende Stellungnahme ab:

- a) Als Schulsprengel für den Polytechnischen Lehrgang in Steyr wird das gesamte Gebiet der Stadtgemeinde Steyr unter Ausschluß der Schüler der Landessonderschule Gleink vorgeschlagen.
- b) Die Einbeziehung fremder Gemeindegebiete wird abgelehnt; Gast Schüler aus den Gebieten der Gemeinden Wolforn, Dietach und Maria-Laah werden bis auf weiteres aufgenommen, wenn hinsichtlich der Leistung des Gastschulbeitrages gemäß § 49 OÖ. Pflichtschulorganisationsgesetz zwischen den beteiligten Gemeinden eine einvernehmliche Lösung zustandekommt.
- c) Nach den vom Amt der OÖ. Landesregierung zur Verfügung gestellten Unterlagen wird der Polytechnische Lehrgang im Schulbezirk Steyr-Stadt von 125 Schülern durchschnittlich besucht werden. Alle Schüler können die Schule teils zu Fuß, teils mit Fahrrad oder öffentlichem Omnibuslinienverkehr so erreichen, daß ein rechtzeitiges Eintreffen am Schulort und ein ordnungsgemäßes Verlassen des Schulortes gewährleistet ist.
- d) Der Polytechnische Lehrgang als eigene Schule in Steyr wird getrennt

2 Knaben- und 2 Mädchenklassen, insgesamt somit 4 Schulklassen umfassen.

4. Die Stadtgemeinde Steyr als gesetzlicher Schulerhalter wird dem Polytechnischen Lehrgang in Steyr zur Verfügung stellen:

Zur ausschließlichen Verwendung: 4 Klassenräume und 1 Leiterzimmer; zur Mitverwendung: 1 Lehrerzimmer, 1 Turnsaal, 1 Werkraum, 1 Lehrküche, 1 Physiksaal und 1 Zeichensaal.

Abschließend wird festgehalten, daß für die Entscheidung des Gemeinderates der Stadt Steyr die im Amtsbericht der Magistratsabteilung IX vom 9. 12. 1965, Schu-6225/65, festgehaltenen Grundsätze maßgebend sind.

Ich bitte Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünschen Sie zu diesem Antrag das Wort? Es ist keine Wortmeldung erfolgt, ich darf somit die Zustimmung des gesamten Gemeinderates zu diesem Antrag annehmen. Danke.

Ich unterbreche die Sitzung auf einige Minuten, um sie später als vertrauliche Sitzung fortzusetzen. (Das Protokoll über die vertrauliche Sitzung befindet sich im Faszikel "Protokolle über die vertraulichen Sitzungen des Stadtsenates und Gemeinderates" bei der Magistratsdirektion).

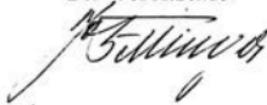
GEMEINDERAT AUGUST MOSER:
Der Herr Vizebürgermeister hat auf das Protokoll einer Sitzung in

der Schloßkapelle verwiesen. Ich stelle ausdrücklich fest, in diesem Protokoll steht "Anfrage des Gemeinderates Moser". Also eine Anfrage über den Gehalt der Bürgermeister und

Stadträte und nicht ein Antrag. Darin besteht natürlich in jeder Weise ein wesentlicher Unterschied!

Ende der Sitzung: 19. 15 Uhr.

Der Vorsitzende:



Die Protokollführer:

Regina Kötter
Regina Niesler

Die Protokollprüfer:

